INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Monitor Familienleben 2011

Einstellungen und Lebensverhältnisse
von Familien
Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des
Bundesministeriums für Familie

- Berichtsband -

INHALT

VORBEMERKUNG 3

Neue Aufgaben für die Politik – Weiterhin hohes Interesse an Zielen der Familienpolitik 4

Finanzielle Hilfen für Familien: Feste Verankerung des Elterngelds, sehr positive Einzelwahrnehmungen 11

Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf 15

Vereinbarkeit von Familie und Beruf:
Große Erwartungen an die Unternehmen 22

Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind bei den Vätern angekommen 24

Vielen fehlt Zeit für die Familie 27

Förderung von Kindern als Gemeinschaftsaufgabe von Familien und Staat 30

Einstellungen zum Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung 39

Weiterhin viele Kinderwünsche – Eher Zustimmung zur stärkeren Unterstützung von künstlichen Befruchtungen 42

Anhang
Anhang-Schaubilder
Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppen

VORBEMERKUNG

Der Monitor Familienleben dokumentiert seit 2008 mit demoskopischen Mitteln die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Familie wie zur Familienpolitik. Dabei wird zum einen der beträchtliche Wandel von Einstellungen und Verhaltensweisen erkennbar, der sich insbesondere im Zusammenhang mit der zunehmenden Berufstätigkeit von Müttern vollzieht. Zum anderen wird aber auch unzweifelhaft erkennbar, dass die Ausrichtung der Bevölkerung auf ihre Familie trotz hoher Scheidungsraten und der Zunahme von Einpersonenhaushalten nicht etwa abnimmt, sondern eher noch an Bedeutung gewinnt.

Im Auftrag des BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH den Monitor Familienleben im Juli 2011 zum vierten Mal durch. Hauptthemen der Umfrage waren das Familienleben und die Einstellungen zur Familie, die Wahrnehmung der Familienpolitik und die Idealvorstellungen der Bevölkerung über die Familienpolitik. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Förderung und Erziehung von Kindern, unter anderem die Nutzung von Förderangeboten durch die Kinder und die damit verbundenen Einstellungen und Erwartungen der Eltern. Den Anlass für diese Fragestellungen bot das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, das im März rückwirkend verabschiedet wurde.

Für den Monitor Familienleben wurden zwischen dem 2. und dem 15. Juli 2011 im gesamten Bundesgebiet insgesamt 1.751 Personen mündlich-persönlich befragt, darunter 409 Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren. Die Ergebnisse sind für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahre repräsentativ. Eine Methodenbeschreibung findet sich im Anhang. Ergänzend wurden für den Bericht einzelne Ergebnisse aus aktuellen Umfragen herangezogen, deren Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung oder für die Familien repräsentativ sind.

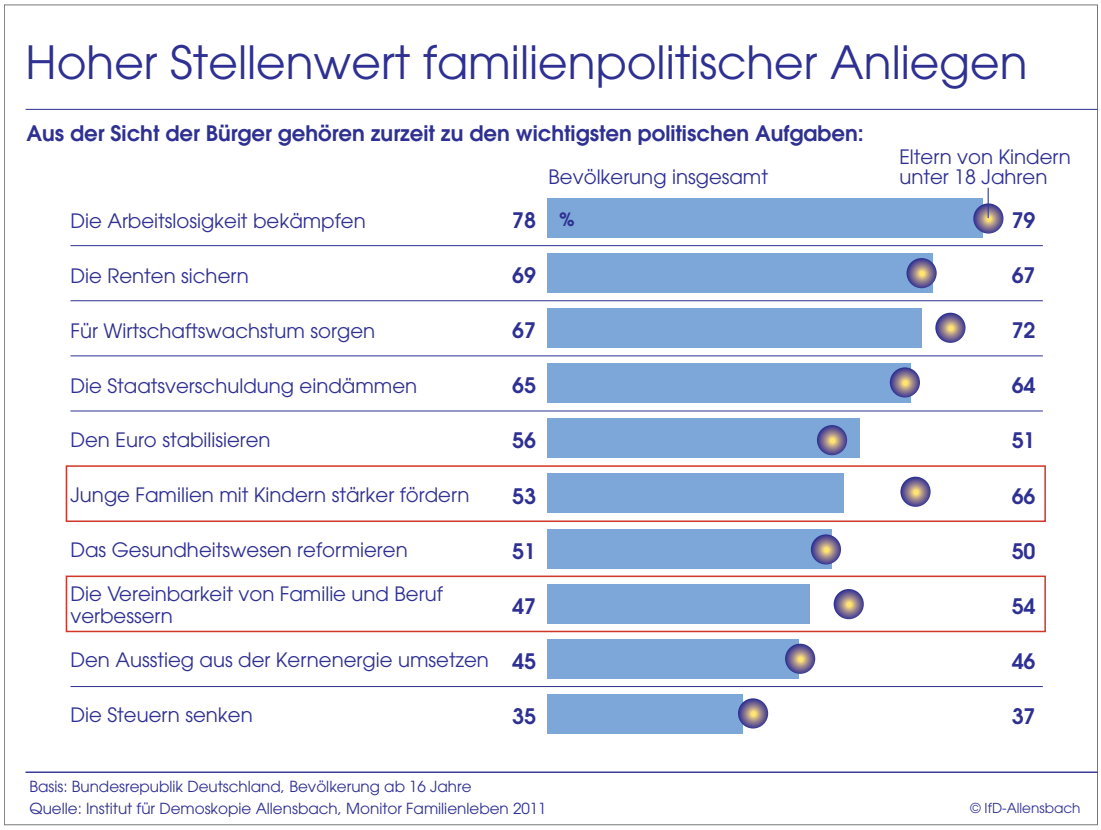
Allensbach am Bodensee,
am 30. September 2011 INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Neue Aufgaben für die Politik – Weiterhin hohes Interesse an Zielen der Familienpolitik

Die Wahrnehmungen der Bevölkerung, vor welchen wichtigen Aufgaben die Politik steht, haben sich seit dem Vorjahr spürbar verändert. Zusammen mit den Daueraufgaben der Arbeitslosigkeitsbekämpfung und der Renten-Sicherung werden 2011 wirtschafts- und finanzpolitische Aufgaben am häufigsten genannt: Neben der Stabilisierung des Euro geht es vielen um die Stimulation von Wirtschaftswachstum und – Hand in Hand damit – um den Abbau der Staatsverschuldung. Immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung weist auch dem Ausstieg aus der Kernenergie derart hohe Bedeutung zu.

Jedoch noch etwas häufiger als etwa den Ausstieg aus der Kernenergie oder auch die Senkung der Steuern nennt die Bevölkerung Anliegen der Familienpolitik als besonders dringlich: 53 Prozent würden sich eine stärkere Förderung von jungen Familien wünschen, 47 Prozent eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Schaubild 1).

Schaubild 1



Während die finanz- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen stark durch die lebhaften öffentlichen Debatten, etwa über die Staatsverschuldung und Währungsprobleme beeinflusst werden, melden sich in den fast ebenso häufig artikulierten Zielvorstellungen für die Familienpolitik eher ganz unmittelbar erlebte Probleme und Wünsche der Familien zu Wort. Deshalb nennen auch die direkt betroffenen Eltern von minderjährigen Kindern diese Ziele noch einmal sehr viel öfter als der Rest der Bevölkerung. Von ihnen würden sich zwei Drittel eine bessere Förderung der jungen Familien wünschen (66 Prozent) und mehr als die Hälfte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (54 Prozent).

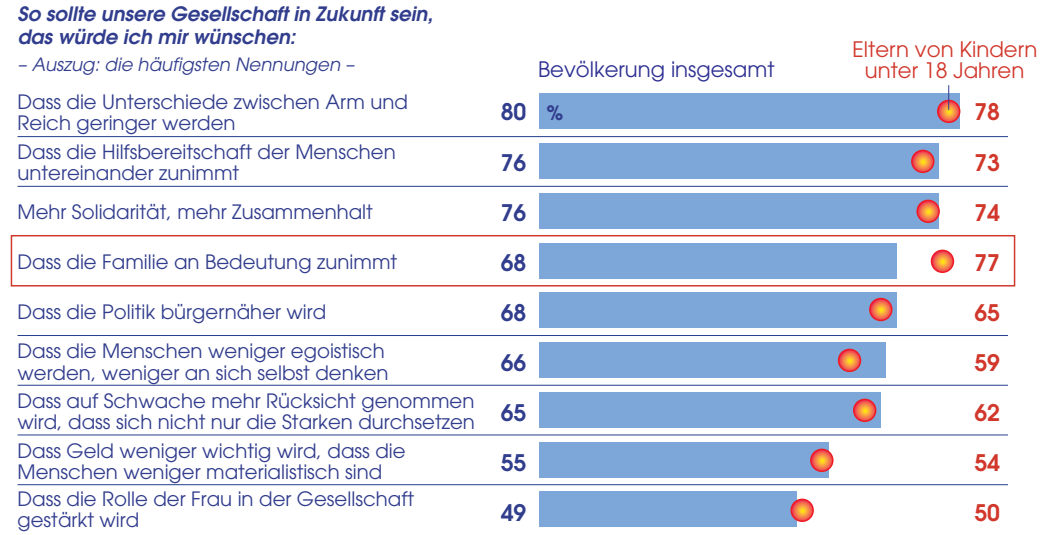
Hinter diesen politischen Zielvorstellungen steht nicht nur die anhaltende Ausrichtung der Einzelnen auf die Familie, die sich im Monitor Familienleben so wie in vielen anderen Untersuchungen zeigt. Zugleich wird darin die Befürchtung greifbar, dass der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft verloren gehen könnte. Solche Befürchtungen ziehen sich zwar seit je durch die Ergebnisse von Umfragen. Im Zusammenhang mit den tatsächlichen sozialen Auseinanderentwicklungen seit der Jahrtausendwende haben sie jedoch erheblich an Präsenz in der Vorstellungswelt der Bevölkerung gewonnen.

Die Familie erscheint zunehmend als Idealmodell der gelebten Verantwortung füreinander. Dementsprechend wünschen sich die meisten für die Zukunft der Gesellschaft nicht nur geringere Unterschiede zwischen den Schichten und mehr Hilfsbereitschaft, sondern zudem auch mehr Bedeutung für die Familie (68 Prozent). Deren Bindungskräfte werden nicht selten als Gegengewicht zu den erlebten Entwicklungen wahrgenommen (Schaubild 2).

Schaubild 2

Die Idealvorstellungen von der Gesellschaft der Zukunft – Mehr Bedeutung für die Familie gewünscht

Frage: "Wie sollte unsere Gesellschaft in Zukunft sein, was würden Sie sich wünschen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10074

© IfD-Allensbach

Die Vorstellungen darüber, wo die Schwerpunkte der Familienpolitik liegen sollten, orientieren sich an konkreten Problemen von Familien, die den meisten Befragten entweder aus eigenem Erleben oder doch aus dem unmittelbaren Lebensumfeld vertraut sind. Unter den zehn meistgenannten Anliegen steht dabei zum einen die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an der Spitze (72 Prozent), die auch im Vorjahr schon zu den wichtigsten Anliegen zählte, damals allerdings erst von 69 Prozent genannt. Im Einzelnen zählen dazu die Wünsche nach einer Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf nach der Elternzeit (56 Prozent), nach mehr Kinderkrippen (54 Prozent), Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen (53 Prozent). Unverändert gehört die Vereinbarkeit also nach Ansicht der Bevölkerung zu den wichtigsten „Dauerbaustellen“ der Familienpolitik (Näheres ab S.15).

Zum anderen wünschen sich 74 Prozent einen besonderen Schwerpunkt bei der Unterstützung von Personen, die pflegebedürftige Angehörige zuhause betreuen. Dabei

denken die Befragten nicht allein an Pflegehilfen oder Pflegedienste, die ins Haus kommen, sondern auch an die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für die pflegenden Angehörigen selbst, die 61 Prozent verbessert sehen möchte (2010 erst 41 Prozent). Während die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bisher noch oft allein unter dem Aspekt der Familien mit kleineren Kindern gesehen wird, weisen diese Ergebnisse auf einen Doppelaspekt hin: Eine gute Vereinbarkeit misst sich ebenso wie an den Möglichkeiten für berufstätige Eltern an den Möglichkeiten der Berufstätigen zur Pflege und Betreuung ihrer hilfsbedürftigen, meist älteren Angehörigen.

Beträchtlichen Raum nimmt in den familienpolitischen Erwartungen auch die Förderung von Eltern und Kindern ein: 66 Prozent finden eine angemessene Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente wünschenswert, mehr als 50 Prozent den Einsatz für die Erhaltung des Elterngelds (57 Prozent). Für bessere Teilhabechancen von Kindern aus bedürftigen Familien soll die Familienpolitik nach Ansicht von 59 Prozent sorgen. Einiges Gewicht wird auch dem zum ersten Mal abgefragten Ziel der besseren Anpassung der Familienleistungen an die Familienbedürfnisse beigelegt (43 Prozent, Schaubild 3).

Schaubild 3

Die Ergebnisse des Familienmonitors wie auch anderer Umfragen zeigen, dass entsprechende Wünsche nach einer besseren Familienförderung weder eine undifferenzierte Einheitsförderung anstreben noch eine Förderung mit dem Ziel vollständiger „Ergebnisgleichheit“. Vielmehr geht es der Bevölkerung um eine Orientierung der staatlichen Förderung an spezifischen Bedürfnissen und Problemen der unterschiedlichen Familien. Erwartet wird meist nicht eine Förderung spezifischer Leitbilder, sondern die Ermöglichung von Wahl- und Entscheidungsfreiheit.

Konkret betrifft das insbesondere die Berufstätigkeit von Müttern. Hier nimmt nur eine Minderheit der Bevölkerung an, dass die Familienpolitik der Bundesregierung das herkömmliche Leitbild der Hausfrau und Mutter durchzusetzen sucht. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sieht dagegen aktuell Bestrebungen der Politik, Müttern in Zukunft die bisher oft noch schwierig mit der Familie zu vereinbarende

Berufstätigkeit zu ermöglichen, wenn das ihren eigenen Wünschen entspricht (Anhang-Schaubild 1).

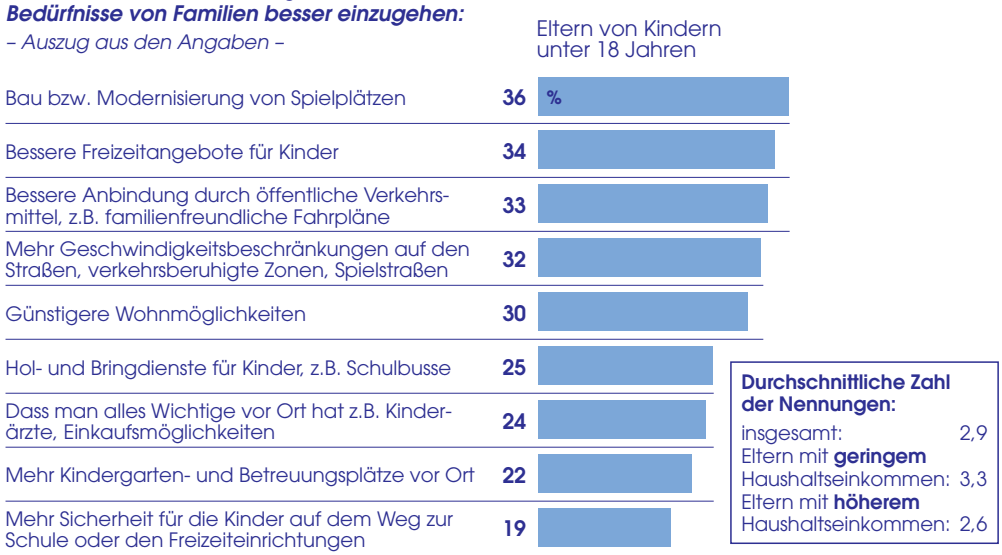
Familienpolitische Aufgaben nimmt die Bevölkerung nicht allein für die Bundes- und Landespolitik wahr. Auch an die Kommunen richten sich viele Erwartungen, besser auf die Bedürfnisse von Familien einzugehen. Am eigenen Wohnort sehen die meisten Eltern von minderjährigen Kindern Handlungsbedarf durch gleich zwei bis drei Probleme, die vor allem Familien das Leben erschweren.

Dabei gibt es allerdings je nach Ort ganz unterschiedliche Problemlagen. So nennt jeweils etwa ein Fünftel bis zu einem Drittel der Eltern einzelne Defizite: In Städten wünschen sich viele Eltern günstigere Wohnmöglichkeiten und den Bau oder die Modernisierung von Spielplätzen, in ländlichen Regionen steht dagegen für die Eltern eher die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und der Versorgungsmöglichkeiten sowie der Ausbau von Freizeitangeboten für Kinder auf der Agenda.

Deutlich häufiger als von Eltern mit höheren Haushaltseinkommen werden solche Defizite im Lebensumfeld von Eltern mit geringem Haushaltseinkommen beschrieben. Dabei geht es den Geringverdienern überdurchschnittlich häufig nicht nur um günstigere Wohnmöglichkeiten, sondern auch um bessere Freizeitangebote für ihre Kinder (Schaubild 4).

Familienfreundlichkeit: Verbesserungsbedarf im Wohnumfeld der Familien

Das müsste bei uns am Ort getan werden, um auf die Bedürfnisse von Familien besser einzugehen:
– Auszug aus den Angaben –



Durchschnittliche Zahl der Nennungen:

insgesamt:	2,9
Eltern mit **geringem** Haushaltseinkommen:	3,3
Eltern mit **höherem** Haushaltseinkommen:	2,6

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 18 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

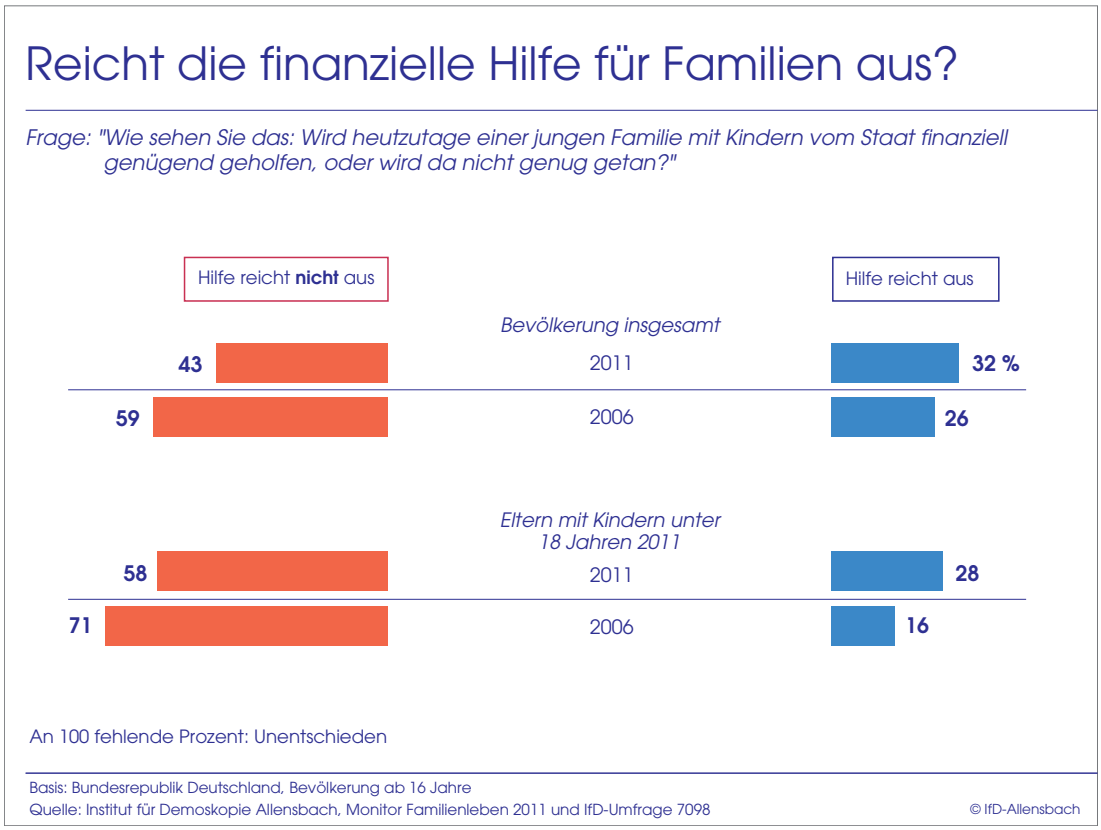
Finanzielle Hilfen für Familien: Feste Verankerung des Elterngelds, sehr positive Einzelwahrnehmungen

Zur finanziellen Familienförderung gibt es zahlreiche Leistungen des Staates. Dazu gehören Unterstützungen für kleinere Zielgruppen wie etwa der Kinderzuschlag für Geringverdiener ebenso wie die verbreiteten Leistungen des Kindergelds oder des Ehegattensplittings. Von diesen differenzierten Förderinstrumenten haben die meisten Befragten vor allem das Kindergeld vor Augen. Auf die Frage, ob jungen Familien vom Staat finanziell genügend geholfen wird, stellen sie deshalb keine Bilanzierung der unterschiedlichen Leistungen und ihrer Effekte an, sondern orientieren sich an ihren allgemeinen Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Lage und der Armutsrisiken von Familien sowie an der selbst in der Familienphase erlebten Einkommensentwicklung.

Vor diesem Hintergrund bewerten derzeit 43 Prozent der Gesamtbevölkerung und 58 Prozent der Eltern von Kindern unter 18 Jahren die bestehenden Hilfen als noch nicht ausreichend. Nur 32 Prozent der Gesamtbevölkerung bzw. 28 Prozent der Eltern finden, es werde bereits genug geholfen.

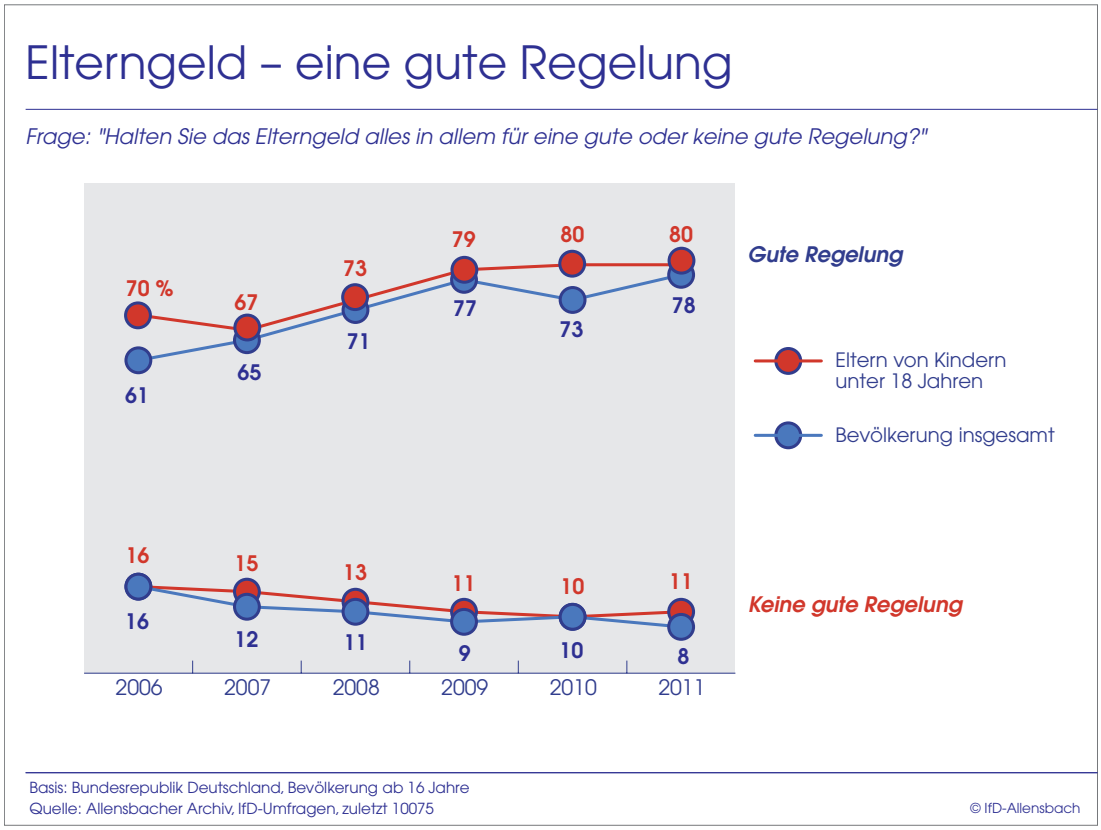
Allerdings haben sich diese Wahrnehmungen seit dem Jahr 2006, als noch 59 Prozent der Gesamtbevölkerung und 71 Prozent der Eltern die Familienförderung als eher defizitär wahrnahmen, merklich verbessert. Von jenen, die in den letzten Jahren Veränderungen bei der Familienförderung wahrgenommen haben, wurden dementsprechend vorwiegend Verbesserungen bemerkt (Schaubild 5).

Schaubild 5



Die eher positive Tendenz hängt auch mit dem Anfang 2007 eingeführten Elterngeld zusammen. Das Elterngeld kompensiert Verdienstausfälle von Müttern und Vätern, die ihre Berufstätigkeit zur Betreuung ihrer Kinder für eine Zeit unterbrechen. Vielen erscheint diese Leistung als wichtiges Signal für eine neue Aufmerksamkeit des Staates gegenüber den veränderten Bedürfnissen von Familien. Nach wie vor wird das Elterngeld auch deshalb von über drei Vierteln der Bevölkerung als gute Regelung bewertet (78 Prozent); nur 8 Prozent halten das Elterngeld für keine gute Regelung. Bemerkenswert ist die kontinuierliche Abnahme der kritischen Stimmen zum Elterngeld seit seiner Einführung. Gerade auch die (früheren) Bezieher der Leistung fällen ein positives Urteil (79 Prozent). Damit widerlegen die Umfrageergebnisse zuweilen verbreitete Behauptungen, die Nutzerinnen und Nutzer selbst wären mit der Leistung nicht sonderlich zufrieden (Schaubild 6).

Schaubild 6



In der hohen Zustimmung zum Elterngeld unterscheiden sich auch die Anhängerschaften der Parteien ebenfalls nur geringfügig: Aus allen politischen Lagern bewerteten wenigstens drei Viertel der Parteianhänger das Elterngeld als gute Regelung.

Dagegen wurde bei den öffentlichen Debatten über die Zukunft des Elterngelds zuweilen auf Mitnahmeeffekte hingewiesen: Die meisten Nutzerinnen und Nutzer seien nicht wirklich auf die Leistung angewiesen. Einer solchen Einschätzung widersprachen jedoch die Befragten des Monitors Familienleben, allen voran die (ehemaligen) Bezieherinnen und Bezieher der Leistung, mit großer Mehrheit. Zwei Drittel der Gesamtbevölkerung und 83 Prozent der aktuellen oder früheren Bezieherinnen und Bezieher erklärten, die meisten Eltern seien in der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes auf die Leistung angewiesen, um finanziell über die Runden zu kommen. Nur

12 bzw. 11 Prozent hatten den Eindruck, dass die meisten auch ohne Elterngeld gut zurechtkommen würden (Schaubild 7).

Schaubild 7

Überzeugung der großen Mehrheit: Die meisten Eltern sind in der ersten Zeit nach einer Geburt auf das Elterngeld angewiesen

Frage: "Was meinen Sie: Ist das 2007 eingeführte Elterngeld eine Unterstützung, auf die die meisten Eltern in der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes angewiesen sind, um finanziell über die Runden zu kommen, oder würden die meisten Eltern in dieser Zeit auch ohne das Elterngeld gut zurecht kommen?"

	Bevölkerung insgesamt	Personen mit Kinderwunsch	Eltern, die selbst Elterngeld beziehen oder seit 2007 bezogen haben
	%	%	%
Die meisten sind auf Unterstützung durch das Elterngeld angewiesen	**68**	**74**	**83**
Die meisten würden auch ohne Elterngeld gut zurecht kommen	**12**	**8**	**11**
Unentschieden	**20**	**18**	**6**
	100	*100*	*100*

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

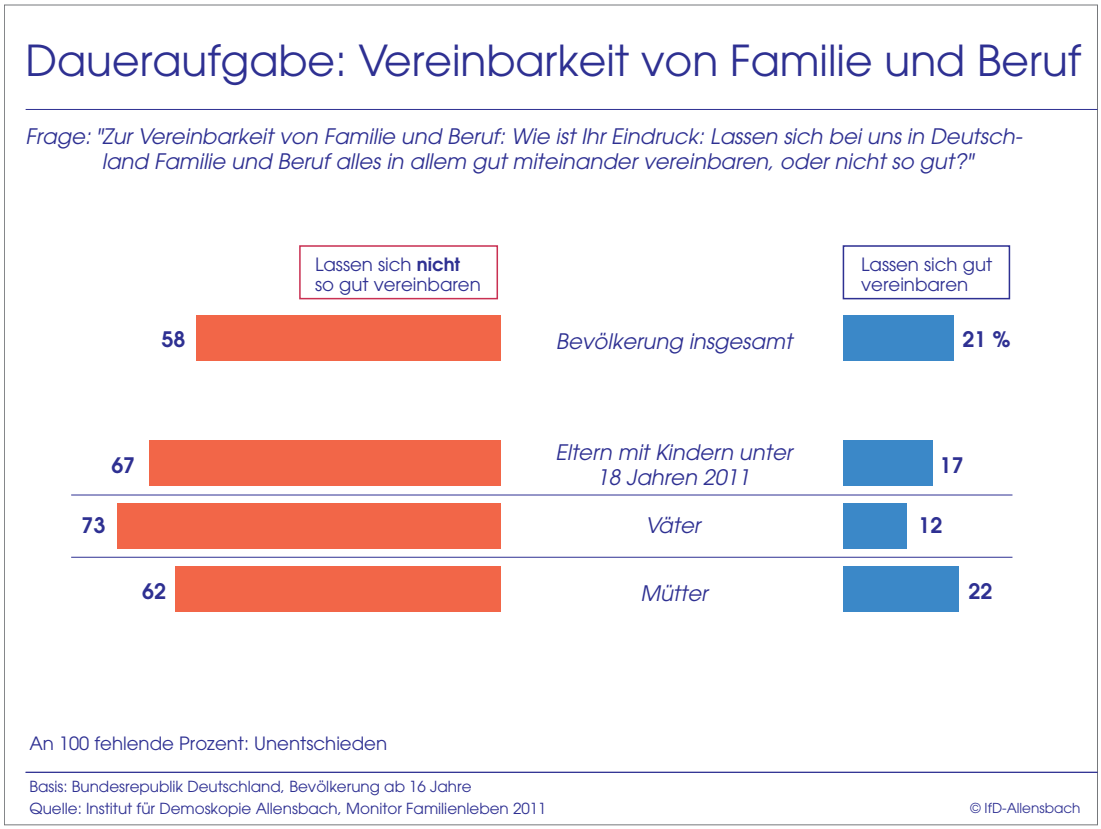
Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für 47 Prozent der Bevölkerung gehört eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Damit wird die Vereinbarkeit als Teil der allgemeinen politischen Agenda fast ebenso oft genannt wie etwa die Stabilisierung des Euro oder die Reform des Gesundheitswesens (vgl. Schaubild 1). Innerhalb der wahrgenommenen familienpolitischen Ziele attestieren sogar 72 Prozent den Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit besondere Dringlichkeit (vgl. Schaubild 3).

Dahinter steht die Wahrnehmung von Problemen für Eltern, die sich intensiv um ihre Familie kümmern und darüber ihre Berufstätigkeit nicht aufgeben, reduzieren oder vernachlässigen wollen. Noch immer finden 58 Prozent der Bevölkerung, dass es in Deutschland schlecht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht. Zwar haben sich die negativen Wahrnehmungen im letzten Jahr leicht verringert. Dennoch macht der Anteil derer, die generell eine gute Vereinbarkeit wahrnehmen, gerade erst etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus (21 Prozent).

Besonders skeptisch urteilen darüber die Eltern von Kindern unter 18 Jahren, die von Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders betroffen sind. Von ihnen bewerten zwei Drittel die Vereinbarkeit als nicht so gut (67 Prozent). Zufrieden ist nur etwa jeder Sechste in dieser Gruppe (17 Prozent). Insbesondere die beruflich oft stark eingespannten Väter haben Probleme vor Augen; etwa drei Viertel von ihnen fällen ein negatives Urteil (73 Prozent) (Schaubild 8).

Schaubild 8



Zwar bezeichnen nicht wenige Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im eigenen Lebensumfeld als gut. Diesem Urteil gehen meist jedoch beträchtliche Anpassungsleistungen an die bestehenden, zugleich als unbefriedigend empfunden Verhältnisse voraus.

Leicht übersehen werden in diesem Zusammenhang die beträchtlichen Anpassungshilfen durch die Familien selbst, meist durch die ältere Generation. 55 Prozent derer, die Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren können, berichten über solche Unterstützung von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Angehörigen. Diese Hilfeleistungen beschränken sich nicht allein auf die gelegentliche oder regelmäßige Betreuung der Kinder, sondern beinhalten oft auch materielle Unterstützung der jungen Familien, wenn etwa die Mütter wegen der Kinder ihre Berufstätigkeit zumindest für eine Zeit unterbrechen oder ganz aufgeben.

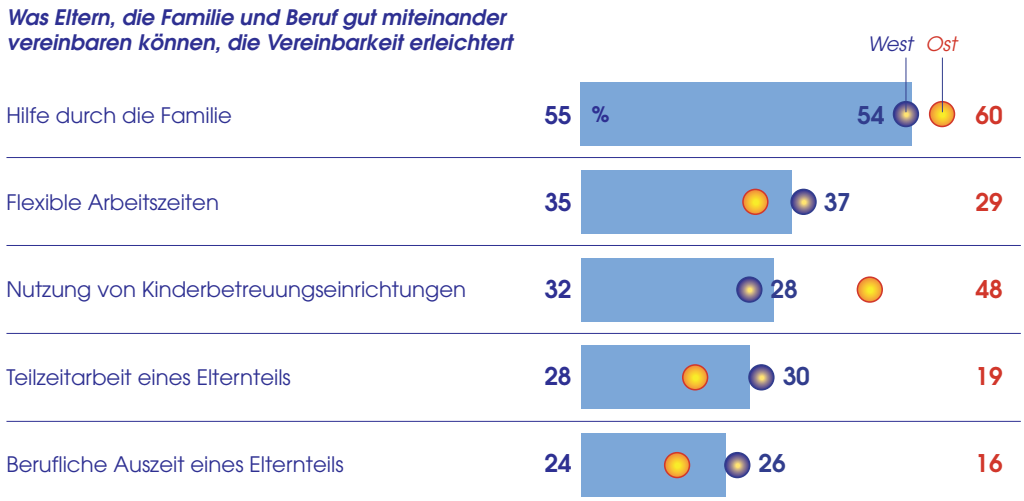
Zu einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen zudem häufig flexible Arbeitszeiten (35 Prozent), die Nutzung von Betreuungseinrichtungen (32 Prozent) oder die Teilzeitarbeit eines Elternteils (28 Prozent) bei.

Bemerkenswert sind hier die nach wie vor beträchtlichen Unterschiede zwischen West und Ost bei der familienunterstützenden Betreuung der Kinder: Während in Westdeutschland vorerst nur 28 Prozent der Eltern die gute Vereinbarkeit in ihrer Familie auf die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen zurückführen, tun das in Ostdeutschland immerhin 48 Prozent der entsprechenden Mütter und Väter. Dahinter stehen noch immer weitaus mehr Betreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen in den neuen Bundesländern, die dort auch vergleichsweise häufig von frühauf genutzt werden.

24 Prozent der Eltern, die Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren können, beschreiben auch den Berufsausstieg eines Elternteils, in der Regel der Mutter, als Grund für die bei ihnen gute Vereinbarkeit. Diese Antwort – gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Berufsaufgabe – wird häufig von Eltern mit sehr kleinen Kindern gegeben, die durch eine Berufstätigkeit der Mutter zusätzlich zur Kinderbetreuung beträchtliche Vereinbarkeitsprobleme erwarten würden (Schaubild 9).

Schaubild 9

Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft nur dank familiärer Unterstützung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 16 Jahren
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Familien, in denen ein Elternteil ganz aus dem Beruf aussteigt, greifen vergleichsweise selten auf Hilfen der Familie zurück, wobei das Fehlen derartiger familiärer Unterstützung bei einem Teil bereits eine der Ursachen für den Berufsausstieg darstellt. Auch Betreuungsangebote werden von diesen Familien selten genutzt. Das betrifft offenbar sowohl die Berufsaussteiger mit Kindern unter drei Jahren, wie auch jene mit älteren Kindern. Eltern mit Kindern unter drei Jahren werden wegen der Erwerbstätigkeit nur eines Elternteiles und einer dadurch besseren Vereinbarkeitssituation heute bei der Vergabe von Krippenplätzen ohnehin meist nicht berücksichtigt.. Während die gute Vereinbarkeit in den übrigen Familien meist durch Kombinationen erzielt wird (etwa: Teilzeitarbeit + flexible Arbeitszeiten oder Hilfe durch die Familie + Nutzung von Betreuungseinrichtungen), nennen die Berufsaus-

steiger und ihre Partner als Ursache der bei ihnen guten Vereinbarkeit vorrangig nur den einen Punkt des Berufsausstiegs (Schaubild 10).

Schaubild 10

Unterschiedliche Konzepte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eltern, die Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren können –

Gute Vereinbarkeit durch…

Gute Vereinbarkeit (zudem) durch:	Nutzung von Kinder-betreuungs-einrichtungen %	Teilzeitarbeit eines Eltern-teils- %	berufliche Auszeit eines Elternteils %	berufliche Auszeit eines Elternteils (dabei jüngstes Kind 3 Jahre oder älter) %
Nutzung von Kinderbetreuungs-einrichtungen	**100**	**36**	**17**	**(2)**
Hilfe durch die Familie	**65**	**61**	**35**	**(32)**
Flexible Arbeitszeiten	**39**	**49**	**7**	**(-)**
Teilzeitarbeit eines Elternteils	**31**	**100**	**6**	**(-)**
Berufliche Auszeit eines Elternteils	**13**	**15**	**100**	**(100)**
Summe	**248**	**251**	**165**	**134**

( ) = kleine Fallzahl, Indikatorwerte

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 16 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Illustriert wird die große Bedeutung des familiären Netzes für die Betreuung von Kindern durch die Ergebnisse der Frage, wie leicht oder wie schwer den Eltern in einer Zwangslage die kurzfristige Organisation von Betreuungshilfe fällt. Über drei Viertel der jüngeren Eltern, deren eigene Eltern oder Schwiegereltern in der Nähe leben, antworteten, „das fällt uns leicht“ oder sogar „sehr leicht“ (77 Prozent). Von der Minderheit der Eltern mit weiter entfernt lebenden Angehörigen gab gerade ein gutes Viertel diese Antworten (27 Prozent); eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent erklärte: „Das fällt uns (sehr) schwer“ (Schaubild 11).

Schaubild 11

Wichtige Unterstützung durch Großeltern

Frage: "Wenn Ihr Kind/Ihre Kinder einmal krank ist/sind und Sie bzw. Ihr Partner sich nicht selbst um Ihr Kind/Ihre Kinder kümmern können: Wie leicht oder schwer ist es dann für Sie, jemanden zu finden, der sich um das Kind/die Kinder kümmert?"

	Eltern insgesamt	(Schwieger-) Eltern leben –	
		in der Nähe	weiter entfernt
	%	%	%
Sehr leicht	**23**	**28**	**8**
Eher leicht	**41**	**49**	**19**
Eher schwer	**24**	**17**	**43**
Sehr schwer	**7**	**3**	**19**
Unentschieden, keine Angabe	**5**	**3**	**11**
	100	*100*	*100*

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von unter-16-jährigen Kindern, die noch betreut werden müssen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5294

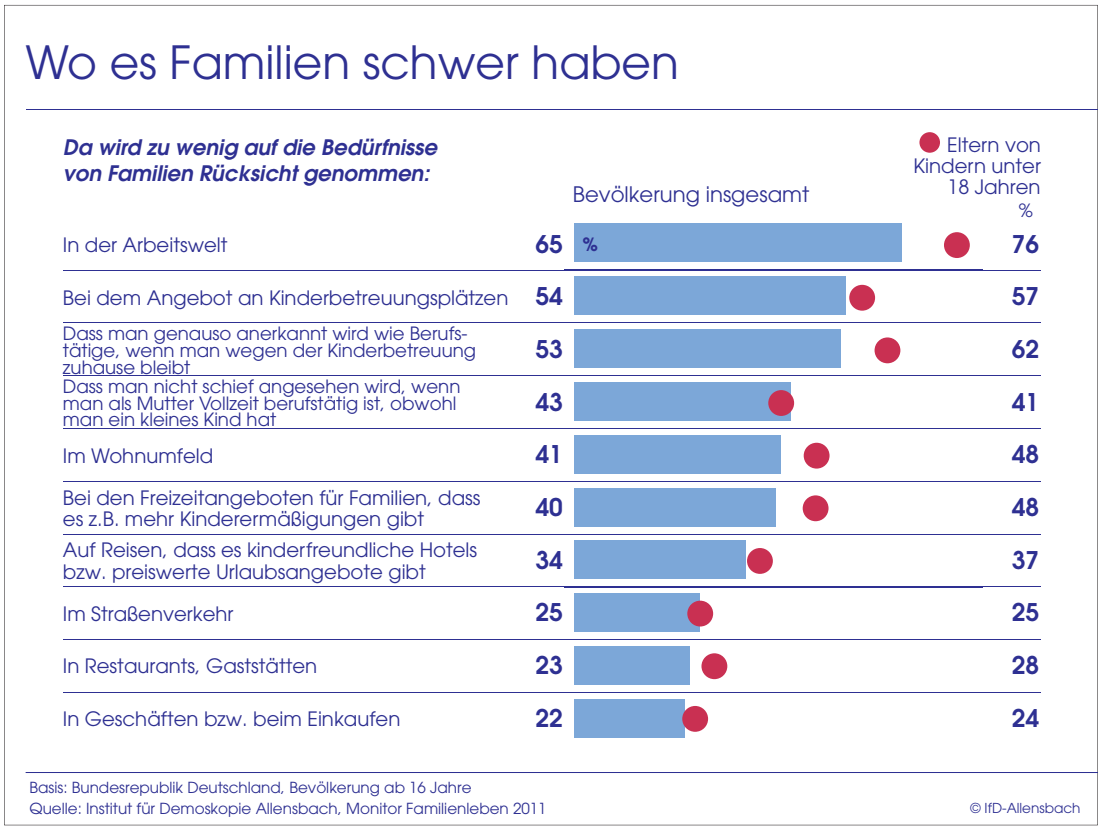
© IfD-Allensbach

Engpässe entstehen vor allem dort, wo durch die Berufstätigkeit wenig Freiraum für die oft kurzfristig entstehenden Erfordernisse der Familie bleibt. Häufig berichten Eltern über solche Probleme, wenn etwa ein Elternteil aufgrund von Erkrankungen der Kinder unvermittelt die Kinderbetreuung übernehmen muss. Ähnliche Schwierigkeiten entstehen für berufstätige Mütter und Väter durch den Ausfall von Schulunterricht oder die langen Ferienzeiten der Kinder. Viele empfinden zudem auch die zum Teil sehr langen Anwesenheitszeiten in den Betrieben und die Notwendigkeit zu häufigen Überstunden als Erschwernisse für ihr Familienleben. Auf die Frage nach den Bereichen, in denen zu wenig Rücksicht auf Bedürfnisse von Familien genommen wird, wird dementsprechend am häufigsten die Arbeitswelt genannt. 65 Prozent der Gesamtbevölkerung und 76 Prozent der jüngeren Eltern sehen in diesem Bereich erhebliche Erschwernisse für die Familien.

Verschärft werden die möglichen Probleme nach Ansicht vieler durch das zumindest im früheren Bundesgebiet noch immer hinter der Nachfrage zurückbleibende Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Auch die zum Teil engen oder starren Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen und ihre Unflexibilität gegenüber den Bedürfnissen von berufstätigen Eltern führen dazu, dass über 50 Prozent der Bevölkerung wie auch der jungen Eltern erklären: Da wird zu wenig Rücksicht auf Bedürfnisse der Familien genommen.

Zu wenig Rücksichtnahme im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen viele aber auch in der gesellschaftlichen Haltung gegenüber nicht erwerbstätigen Müttern oder – auf der anderen Seite – gegenüber berufstätigen Müttern: 53 Prozent nehmen an der zu geringen Anerkennung der Mütter Anstoß, die zur Kinderbetreuung zuhause bleiben. Die Ablehnung von berufstätigen Müttern mit kleinen Kindern empfinden dagegen 43 Prozent als Rücksichtslosigkeit (Schaubild 12).

Schaubild 12



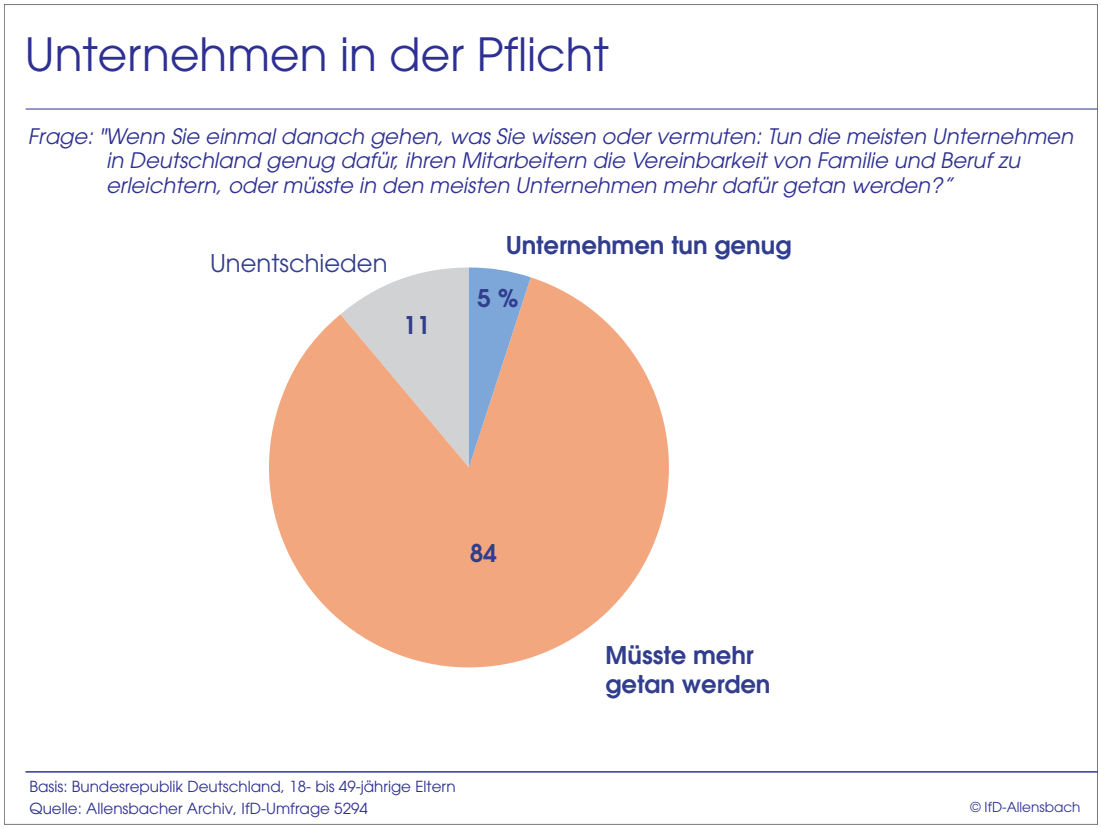
Die genannten Einstellungen zur (Nicht-)Berufstätigkeit von Müttern werden in Medien-Debatten zuweilen noch als Ausdrücke vermeintlich unvereinbarer Grundeinstellungen gegeneinander in Stellung gebracht. Also pro Berufstätigkeit von Müttern und deshalb auch gegen die Diskriminierung von berufstätigen Frauen versus contra Berufstätigkeit von Müttern und deshalb auch gegen die Geringschätzung von Hausfrauen. In den Daten der Umfrage zeigen sich jedoch deutlich andere Verhältnisse: Von jenen, die zumindest eine der beiden Diskriminierungen ablehnen, wenden sich 45 Prozent zugleich auch gegen die jeweils andere. Die Bevölkerung hat die angeführten Frontstellungen also offenbar zu gutem Teil bereits hinter sich gelassen und lehnt die eine Zurücksetzung ebenso ab wie die andere.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Große Erwartungen an die Unternehmen

Um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wird Änderungsbedarf also sowohl bei den verbreiteten Einstellungen in der Bevölkerung gesehen wie auch bei den Anbietern von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. An erster Stelle werden die Unternehmen in der Pflicht gesehen, wenn es um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht.

84 Prozent der Bevölkerung würden sich weitere Anstrengungen der Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit wünschen, nur 5 Prozent halten die bisherigen Bemühungen für ausreichend (Schaubild 13).

Schaubild 13



Dabei werden die zum Teil erheblichen Bemühungen der Unternehmen nicht ignoriert. Umfragen spiegeln hier einen bemerkenswerten Klimawandel in vielen Unternehmen: Während etwa im Jahr 2005 erst 37 Prozent der unselbständig berufstätigen Mütter und Väter mit Kindern unter 16 Jahren berichteten, dass ihre Arbeitgeber sich ganz bewusst um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühten, konnten das im Jahr 2011 immerhin schon 49 Prozent in dieser Befragtengruppe angeben. 56 Prozent berichteten bei dieser Umfrage zudem über eine besondere Rücksichtnahme ihrer Arbeitgeber auf die familiäre Situation der Beschäftigten (Mehrfachantworten; Allensbacher Archiv, Vorwerk-Familienstudie 2011).

Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind bei den Vätern angekommen

Demoskopische Trendreihen und Rückerinnerungsfragen zeigen eine langfristige Zunahme der Beteiligung von Vätern an der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder. So haben etwa nur 36 Prozent der heute 60-Jährigen und Älteren aus ihrer Kindheit den Eindruck, dass ihre Väter sich damals zumindest phasenweise genügend Zeit für sie genommen hätten. Von den 16- bis 19-Jährigen kommen bereits 66 Prozent zu diesem Urteil (Anhang-Schaubild 2).

Diese Entwicklung wird auch bei Fragen zu gemeinsamen Aktivitäten mit der Familie erkennbar sowie bei Indikatoren wie etwa der sehr viel häufigeren Anwesenheit von Vätern bei der Geburt ihrer Kinder. Einfluss auf die Entwicklung nimmt seit 2007 auch das Elterngeld, nach dessen Einführung die Nutzung von Elternzeit durch die Väter signifikant zunahm. Inzwischen beanspruchen 24 Prozent der jungen Väter Elternzeit; vor Einführung des Elterngelds machten weniger als 5 Prozent der Väter von ihrem Anspruch auf Elternzeit Gebrauch.

Die Gesamtentwicklung der stärkeren Beteiligung von Vätern an der Erziehung und Betreuung der Kinder wird auch von der Bevölkerung wahrgenommen. Zwei Drittel haben den Eindruck, dass Väter sich heute deutlich stärker beteiligen als noch vor fünf oder zehn Jahren (67 Prozent). Nur etwa ein Viertel der Befragten sieht keine Veränderung (21 Prozent) oder sogar einen Rückgang (2 Prozent) der väterlichen Bemühungen.

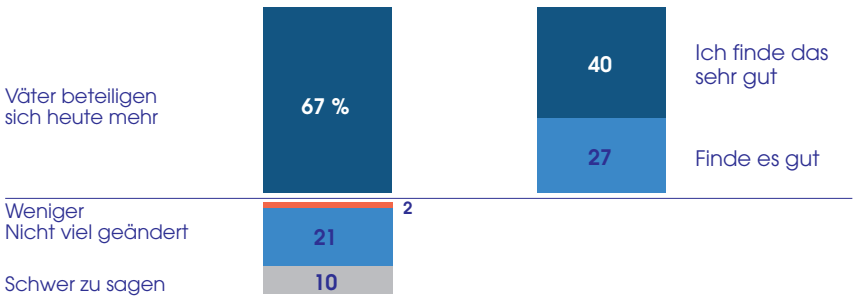
Diese Erweiterung der familiären Aktivitäten von Vätern wird von praktisch allen, die sie bemerkt haben, als sehr gut oder als gut bewertet. Weniger als 1 Prozent dieser Befragten sehen das anders. Unter jenen, die keine Entwicklung bemerkt haben, herrscht fast ebenso dominierend der Wunsch vor, dass Väter sich mehr beteiligen sollten (Schaubild 14).

Schaubild 14

Väter beteiligen sich häufiger an der Familienarbeit: Die Entwicklung wird begrüßt

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Beteiligen sich Väter heute ganz allgemein mehr an der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder als vor 5 bis 10 Jahren, oder weniger, oder hat sich da nicht viel geändert?"

Falls 'Mehr': "Wie finden Sie es, dass sich Väter mehr an der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder beteiligen? Würden Sie sagen ..."

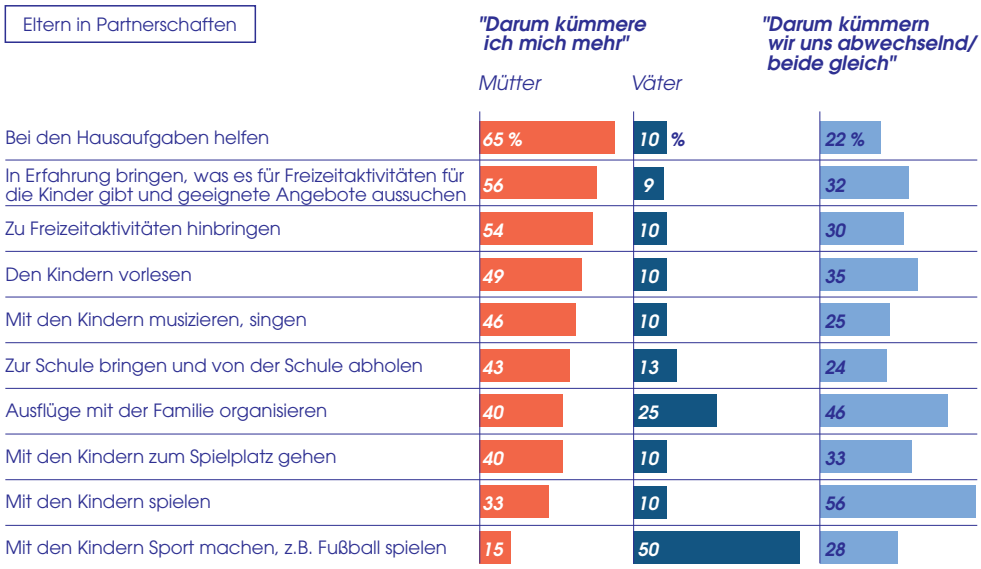


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Zwar zeigt eine Ermittlung der einzelnen Zuständigkeiten bei der Erziehung und Betreuung der Kinder in Paarfamilien, dass der Großteil der Arbeit noch immer von den Müttern geleistet wird. Insbesondere die regelmäßig anfallenden Aufgaben wie die Beaufsichtigung der Hausaufgaben oder die Organisation der Nachmittagsaktivitäten von Kindern wird vorwiegend von ihnen übernommen. Lediglich der gemeinsame Sport mit den Kindern, etwa das Fußballspiel am Wochenende, gehört überwiegend in das Ressort der Väter. Die Daten zeigen jedoch auch bei einer Reihe anderer Aktivitäten erhebliche Anteile von Familien, in denen die anstehenden Aufgaben in der Regel zu gleichen Teilen zwischen Müttern und Vätern geteilt werden, so etwa beim Spielen mit den Kindern, bei Ausflügen oder beim abendlichen Vorlesen (Schaubild 15).

Förderung und Betreuung der Kinder: Vor allem Aufgabe der Mütter



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 16 Jahren in Partnerschaften
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Vielen fehlt Zeit für die Familie

Allerdings entsprechen diese Verhältnisse noch lange nicht den Wünschen der Väter, die sich zu beträchtlichem Anteil gern noch intensiver um ihre Kinder kümmern würden, häufig aber nicht genug Zeit dafür haben. Diese Haltung wird in den Beschreibungen der jüngeren Eltern zum Zeitmanagement in der Familie erkennbar.

Generell berichtet hier eine deutliche Mehrheit der Mütter und Väter mit Kindern unter 16 Jahren über einen klar strukturierten Tagesablauf in der Familie, dessen Takt durch die Berufstätigkeit der Eltern wie auch durch die Betreuungs- oder Schulzeiten der Kinder vorgegeben wird (59 Prozent). Das Familienleben, das dahinter nicht selten zurückstehen muss, spielt dann meist am Wochenende eine besondere Rolle (67 Prozent). Für 40 Prozent der Eltern gilt jedoch, dass sie „unter der Woche" meist nur wenig Zeit füreinander haben. Davon muss man jedoch die eigentlichen Beeinträchtigungen des Familienlebens, etwa durch die unregelmäßigen Arbeitszeiten eines Elternteils, unterscheiden, die nicht ganz so weit verbreitet sind (20 Prozent, Anhang-Schaubild 3).

Die Aussagen von Müttern und Vätern unterscheiden sich deutlich: Während von den Vätern unter der Woche 59 Prozent wenig Zeit für ihre Familien haben, leiden nur 19 Prozent der Mütter unter vergleichbaren Problemen. 41 Prozent der Väter haben nach diesen Angaben oft ein schlechtes Gewissen, weil sie sich wegen ihrer Arbeit nicht genug um ihre Kinder kümmern können, 34 Prozent von ihnen können nie fest zusagen, wann sie von der Arbeit nach Hause kommen.

Zur Gruppe der besonders Zeitarmen, die gleich 3 oder mehr von 6 solcher Aussagen machen, gehören 22 Prozent der Mütter und fast doppelt so viele der Väter, 38 Prozent (Schaubild 16).

Schaubild 16

Zeitarme Familien – Unterschiedliche Erlebnisse von Müttern und Vätern

Das trifft auch auf unseren Familienalltag zu – *– Auszug aus den Angaben –*	Eltern von Kindern unter 16 Jahren insgesamt %	Väter %	Mütter %
Wir haben unter der Woche meist nur wenig Zeit füreinander	**40**	**59**	**19**
Ich habe oft ein schlechtes Gewissen, wenn ich mich wegen meiner Arbeit nicht so viel um meine Kinder kümmern kann	**34**	**41**	**26**
Ich kann nie fest zusagen, wann ich von der Arbeit nach Hause komme	**23**	**34**	**11**
Unser Familienleben leidet erheblich unter den unregelmäßigen Arbeitszeiten von mir bzw. meinem Partner, meiner Partnerin	**20**	**29**	**11**
Ich organisiere den Alltag oft um, weil ich so unregelmäßige Arbeitszeiten habe	**18**	**18**	**16**
Wenn ich länger arbeiten oder kurzfristig beruflich weg muss, gibt es Probleme mit der Kinderbetreuung	**18**	**21**	**14**
Summe (Mehrfachnennungen)	*153*	*202*	*97*
Es machen drei oder mehr der oben stehenden Angaben	**30**	**38**	**22**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 16 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, wenn 71 Prozent der Väter, die Beruf und Familie nicht gut miteinander vereinbaren können, sich als Hilfe für eine bessere Vereinbarkeit vor allem eine geringere berufliche Anspannung wünschen würden, etwa durch weniger Überstunden. Diese Angabe bestätigt die Ergebnisse des Familienmonitors 2010; bei dieser Befragung berichteten die Vollzeit berufstätigen Väter über Wochenarbeitszeiten von durchschnittlich 44 Stunden (einschließlich Überstunden). Ihre Wunscharbeitszeiten bezifferten diese Väter dort mit durchschnittlich etwa 37 Wochenstunden, was für die meisten eine leicht verkürzte Normarbeitszeit bedeuten würde, insbesondere aber den Verzicht auf Überstunden.

Mütter mit schlechter Vereinbarkeit von Familie und Beruf würden dagegen eine Verbesserung ihrer Situation eher durch eine bessere Ausrichtung der Betreuungszei-

ten an den Arbeitszeiten der Eltern (42 Prozent) sowie durch mehr betriebliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten erwarten (35 Prozent, Schaubild 17).

Schaubild 17

Was die Vereinbarkeit erleichtern würde: Bei Vätern ergeben sich Vereinbarkeitsprobleme vor allem durch die beruflichen Anforderungen

Frage an Eltern, bei denen sich Familie und Beruf nicht gut vereinbaren lassen:
"Was würde Ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am meisten erleichtern?"

Am meisten würde mir helfen: *– Auszug aus den Angaben –*	Eltern, die Familie und Beruf **nicht** gut miteinander vereinbaren können: Väter %	Mütter %
wenn ich beruflich nicht so stark eingespannt wäre, z.B. durch Überstunden	**71**	**23**
wenn Familien mit Kindern vom Staat stärker unterstützt würden	**45**	**48**
wenn sich Kindergärten und Schulen in ihren Betreuungszeiten stärker nach den Arbeitszeiten der Eltern richten würden	**28**	**42**
wenn mein Betrieb bzw. der Betrieb meines Partners Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbieten würden	**19**	**35**

Basis: Bundesrepublik Deutschland; 18- bis 49-jährige Mütter und Väter mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5249

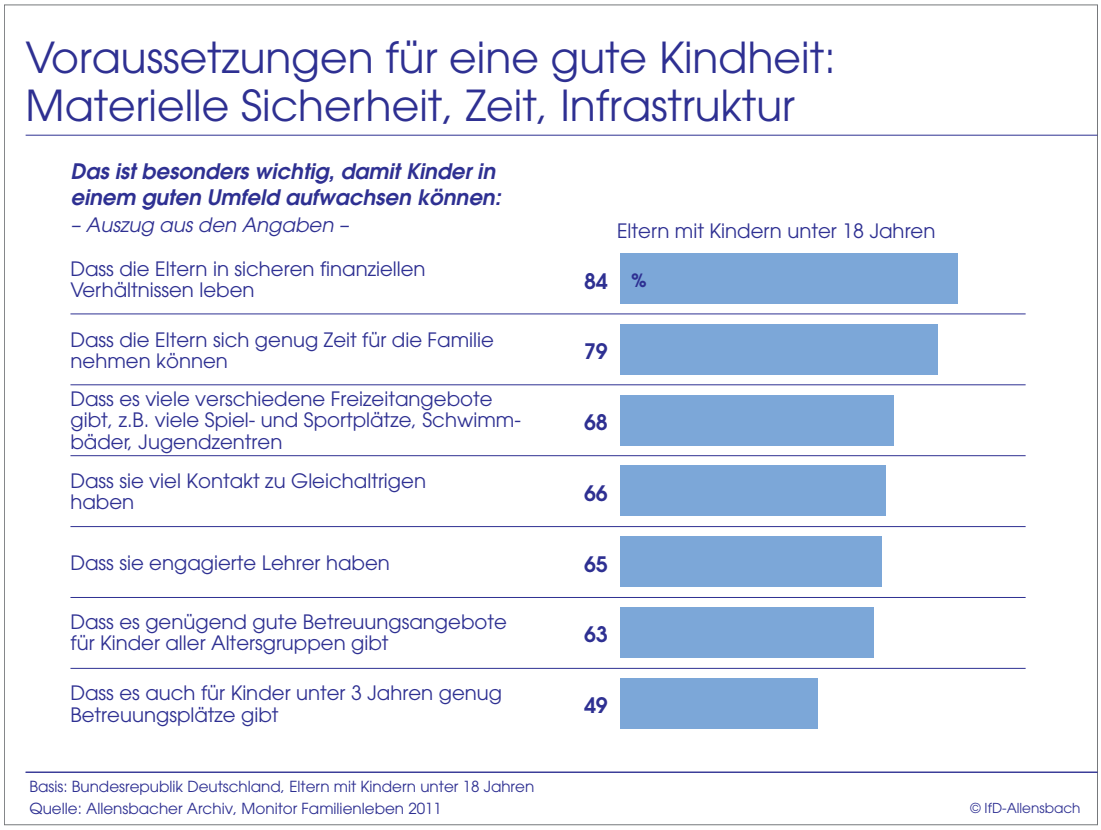
© IfD-Allensbach

Förderung von Kindern als Gemeinschaftsaufgabe von Familien und Staat

Für eine gute Kindheit sieht die Bevölkerung gleich eine ganze Reihe von Voraussetzungen. Obenan stehen dabei genügend Zeit und Zuwendung der Eltern für die Kinder, die materielle Sicherheit der Familien und auch ausreichende Möglichkeiten zur Förderung und Betreuung der Kinder, sei es in der Familie, in Schulen und Betreuungseinrichtungen oder auch in Vereinen und Freizeiteinrichtungen, bei Spiel und Sport.

Auf die Frage nach den notwendigen Voraussetzungen für ein gutes Aufwachsen der Kinder nennen die Eltern von minderjährigen Kindern dementsprechend mit am häufigsten: Gesicherte finanzielle Verhältnisse (84 Prozent), dass die Eltern sich genügend Zeit für die Familie nehmen können (79 Prozent), sowie dass es genügend Freizeitangebote (68 Prozent) und gute Betreuungsmöglichkeiten (63 Prozent) gibt. Die aktuelle Ausrichtung der Familienpolitik auf Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien verbessert damit Rahmenbedingungen, die von den Eltern selbst als wichtigste Grundlagen für ein Gelingen des Familienlebens und der Erziehung von Kindern beschrieben werden (Schaubild 18).

Schaubild 18



Solche Voraussetzungen werden insbesondere von der großen Mehrzahl der Eltern benötigt, die ihre Kinder bei ihrer Entwicklung so gut wie möglich unterstützen wollen. Nicht selten geht es schon früh um das Vorwärtskommen der Kinder. 56 Prozent der Mütter und Väter richten ihre Förderung auch darauf aus, dass ihre Kinder in der Schule und später im Beruf möglichst viel erreichen können.

Bei der Erziehung und Förderung von Kindern sieht die Bevölkerung nicht etwa eine starre Aufgabentrennung zwischen Betreuungseinrichtungen bzw. Schulen und Familie, etwa in der Art, dass die Familie die Werte- und Persönlichkeitsentwicklung übernehmen und die Einrichtungen und Schulen Kenntnisse und soziale Kompetenzen vermitteln.

Um die wahrgenommene Aufgabenverteilung zwischen familiärer und institutioneller Erziehung zu untersuchen, wurde danach gefragt, was durch die Institutionen und was durch das Elternhaus vermittelt werden sollte. Dazu wurde zwischen den meist im Vorschulbereich relevanten Betreuungseinrichtungen und den Schulen unterschieden.

Dabei sehen die Eltern die Kernaufgaben der Erziehung klar im Bereich der Familie. Fast durchgehend ist die Vorstellung von der großen Verantwortung, die für Mütter und Väter mit der Erziehung ihrer Kinder verbunden ist. Trotz aller Unterstützung von außen steht die Verpflichtung der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder für die meisten außer Frage. Daraus resultieren oft hohe Anforderungen an die eigenen Erziehungs- und Förderanstrengungen.

Zugleich wird aber auch Unterstützung aus den Erziehungs- und Fördereinrichtungen erwartet. In einigen Bereichen sehen Mehrheiten sogar etwas eher die Institutionen als die Elternhäuser in der Pflicht. Von den Betreuungseinrichtungen für kleinere Kinder werden solche Impulse etwa für die Selbsteinordnung in eine soziale Gruppe, die Vorbereitung auf die Schule und auch die Entwicklung von Phantasie und Kreativität erwartet. Aber auch bei einer Reihe anderer Erziehungsinhalte würden sich nennenswerte Gruppen der Eltern besondere Vermittlungsbemühungen der Einrichtungen wünschen, insbesondere bei der Konflikterziehung („Dass man Streit friedlich löst“), bei der Entwicklung von Sportlichkeit, Rücksichtnahme, Hilfs- und Leistungsbereitschaft (Anhang-Schaubild 4).

Den Schulen wird selbstverständlich vorrangig die Vermittlung von Lernstoffen zugewiesen. Sowohl die Weitergabe von naturwissenschaftlich-mathematischen Kenntnissen wie auch von Sprachkenntnissen und -fertigkeiten erwarten die meisten Eltern danach ausschließlich oder überwiegend von den Schulen, wobei allerdings etwa jeweils die Hälfte diese Vermittlung nicht den Schulen allein überlassen will, sondern lediglich überwiegend: So wie auf der einen Seite vergleichsweise viel Gewicht auf die Erziehungsleistung der Schulen gelegt wird, besteht auf der anderen Seite also häufig die Vorstellung, dass die Eltern auch bei der Schulbildung mitzuwirken haben. Meist „überwiegend“ werden die Schulen in der Pflicht gesehen für: Kenntnisse in Naturwissenschaften und Mathematik, gute Beherrschung von Rechtschreibung und Grammatik, gute Allgemeinbildung, Artikulationsfähigkeit und Wortschatz, Verständnis für politische Zusammenhänge. Aber auch die Entwicklung von Sportlichkeit, Phantasie und Kreativität sowie Leistungsbereitschaft erwarten viele überwiegend von den Schulen (Schaubild 19).

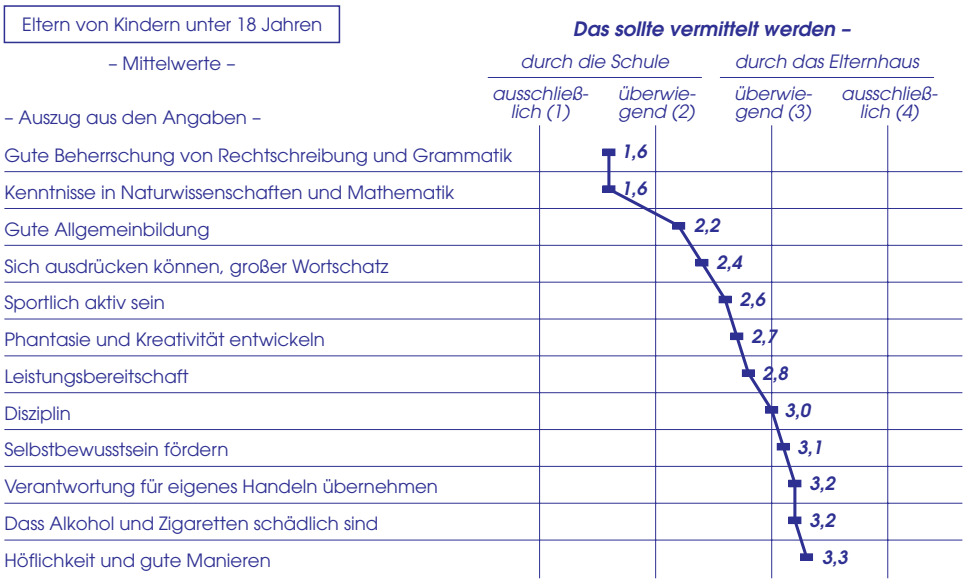
Schaubild 19

Erziehung: Wahrgenommene Aufgabenteilung zwischen Schule und Elternhaus

Eltern von Kindern unter 18 Jahren

– Mittelwerte –

– Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 18 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Als wichtig für eine Förderung der Kinder über die Anregungen und Angebote in den Schulen hinaus empfinden annähernd 80 Prozent der Eltern die Möglichkeit zur Verfolgung der eigenen Interessen durch Hobbys (79 Prozent). Ebensoviele Mütter und Väter halten auch die Förderung der körperlichen Entwicklung ihrer Kinder durch Sport, etwa im Sportverein, für unerlässlich, 63 Prozent die Betreuung und Hilfestellung bei den Hausaufgaben. Bei Schwierigkeiten in der Schule halten 51 Prozent die Möglichkeit von Nachhilfe für angebracht, zudem wünschen sich 52 Prozent eine Sprach- und Leseförderung. Zu einer idealen Förderung gehört nach den Vorstellungen eines beträchtlichen Teils der Eltern also eine besondere Unterstützung des Lernens und der schulischen Entwicklung auch außerhalb des eigentlichen Unterrichts.

Zudem sollten die Kinder nach Auffassung von 68 Prozent der Eltern viel Zeit zusammen mit Gleichaltrigen verbringen. Nicht zu kurz kommen sollte auch die notwendige Zeit für das eigene Spielen, so 59 Prozent. Wenn dann noch Musikunterricht und Jugendgruppen hinzukommen, wie es sich 50 bzw. 31 Prozent wünschen, gerät das hier unschwer erkennbare Ideal der multidimensionalen Förderung nach den im Kind angelegten Möglichkeiten und Neigungen leicht in Konflikte mit den Restriktionen durch Zeit und die Aufnahmebereitschaft der Kinder (Schaubild 20).

Schaubild 20

Wodurch werden Kinder am besten gefördert?

Frage: "Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wodurch man Kinder am besten fördern kann, damit sie sich gut entwickeln können. Was davon finden Sie zusätzlich zur Schule besonders wichtig für die gute Entwicklung eines Kindes?" (Listenvorlage)

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 18 Jahren
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Eltern mit einfacher Bildung messen insbesondere der Hausaufgabenbetreuung sowie dem Nachhilfeunterricht besondere Bedeutung bei. Zum Teil haben sie den Eindruck, ihre Kinder beim Lernen selbst nicht so gut unterstützen zu können wie Eltern, die mittlere oder höhere Schulabschlüsse haben. Diese eher höher gebildeten Eltern legen dagegen überdurchschnittlich viel Wert auf die Förderung durch Sport sowie durch außerschulischen Musikunterricht (Schaubild 21).

Schaubild 21

Eltern mit einfacher Bildung messen Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung überdurchschnittliche Bedeutung bei

Frage: "Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wodurch man Kinder am besten fördern kann, damit sie sich gut entwickeln können. Was davon finden Sie zusätzlich zur Schule besonders wichtig für die gute Entwicklung eines Kindes?"

	Eltern von Kindern unter 18 Jahren			
	insgesamt	Schulbildung der Eltern		
		einfache	mittlere	höhere
Das finde ich besonders wichtig: *– Auszug aus den Angaben –*	%	%	%	%
Sport treiben, z.B. im Verein	**79**	**69**	**78**	**86**
Betreuung und Hilfestellung bei den Hausaufgaben	**63**	**71**	**62**	**58**
Nachhilfeunterricht, wenn es Schwierigkeiten in der Schule gibt	**51**	**61**	**52**	**44**
Musikunterricht, z.B. musikalische Früherziehung, Musikschule	**50**	**39**	**52**	**56**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 18 Jahren
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

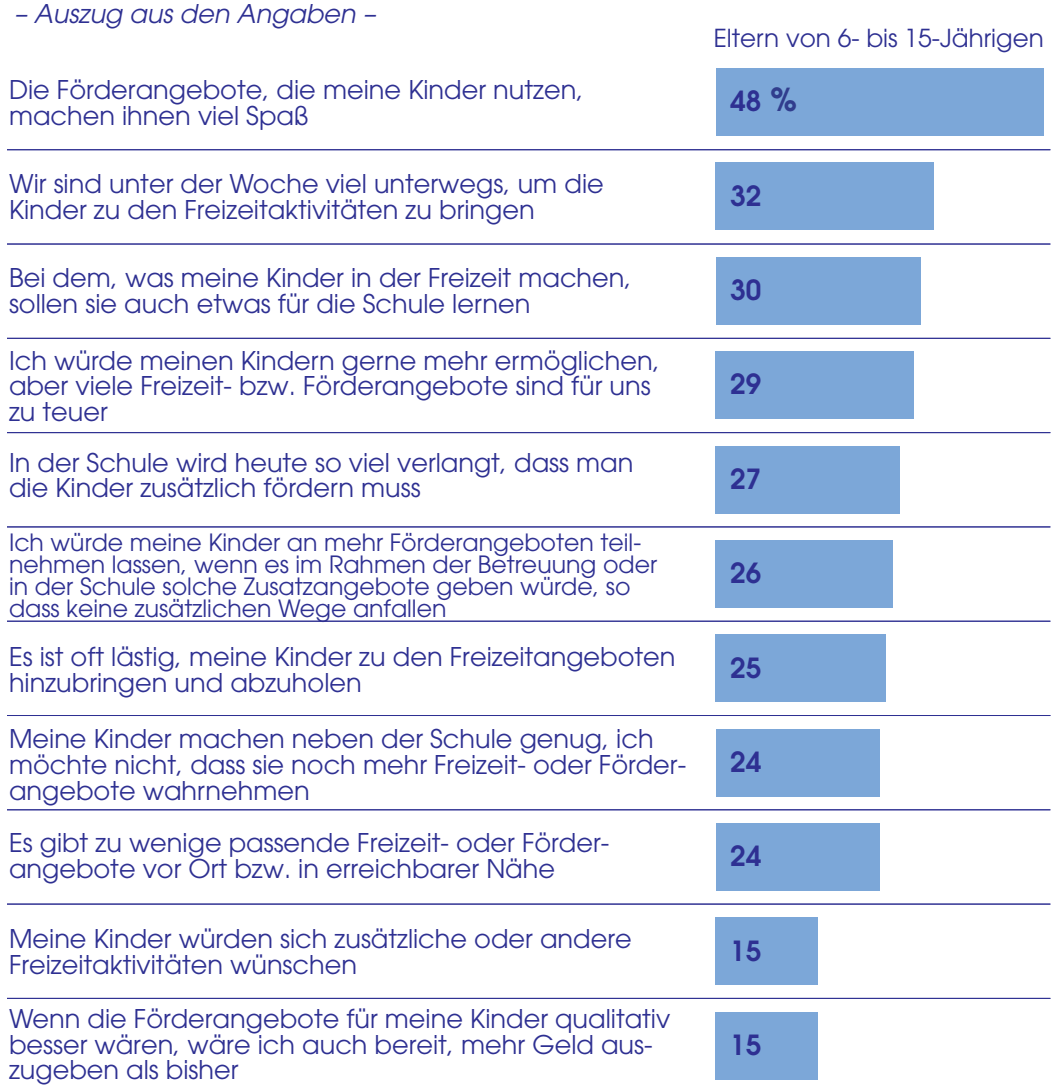
© IfD-Allensbach

Den Idealvorstellungen entsprechend wird die große Mehrheit der jüngeren Schulkinder durch Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe oder Freizeitangebote in wenigstens einer Hinsicht gefördert. So nutzen nach Angaben der Eltern etwa 80 Prozent der 6- bis 15-Jährigen Freizeitangebote wie Sportvereine oder Musikunterricht.

Zwar machen diese Aktivitäten den Kindern oft viel Spaß (so 48 Prozent der Eltern von 6- bis 15-Jährigen), es werden durch die Befragung jedoch auch Defizite und Probleme erkennbar. Dazu gehört etwa das Fehlen bestimmter Angebote (24 Prozent dieser Eltern), Organisationsprobleme, wenn die Förderung außerhalb von Schule oder Betreuung stattfindet (26 Prozent), oder Transportprobleme (25 Prozent). Vor allem klagen Eltern über die Kosten: 29 Prozent würden ihren Kindern gern mehr ermöglichen, können sich bestimmte Förderangebote aber nicht leisten. Über 50 Prozent der Eltern geben an, dass sie eine verstärkte Nutzung in Betracht ziehen würden, wenn es nicht die beschriebenen Probleme gäbe (Schaubild 22).

Einstellungen zu Förder- und Freizeit-angeboten für Kinder

– Auszug aus den Angaben –



Eine verstärkte Nutzung solcher Angebote bei:
- weniger teuren Angeboten
- besser zu organisierenden Angeboten (etwa im Rahmen der Betreuung)
- besser erreichbaren Angeboten
- besser passenden Angeboten
- qualitativ besseren Angeboten

ziehen insgesamt 54 Prozent der Eltern in Betracht

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von 6- bis 15-Jährigen
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Sichtlich schwierig ist die Förderung ihrer Kinder für geringverdienende Eltern, zu denen auch die Mehrzahl der Alleinerziehenden gehört. Von ihnen geben über 50 Prozent an, dass sie ihren Kindern gern mehr Freizeitaktivitäten ermöglichen würden, aber aus Kostengründen davon absehen müssen.

Bestätigt werden solche Erklärungen der Eltern durch die konkreten Nutzungsraten: Während von den Kindern unter 16 Jahren nach Auskunft der Eltern insgesamt 61 Prozent Freizeitangebote wie den Sportverein, Musikunterricht oder Ähnliches nutzen, machen von den Kindern der geringverdienenden Bezieher von Kinderzuschlag nur 36 Prozent von solchen Angeboten Gebrauch. Auch unter den Kindern ab 6 Jahre, die in gewisser Weise die Kerngruppe für derartige Freizeitaktivitäten bilden, sehen die Verhältnisse ähnlich aus. Hier machen die Kinder insgesamt fast doppelt so häufig von solchen Angeboten Gebrauch wie die Kinder der Kinderzuschlagsbezieher (Schaubild 23).

Schaubild 23

Förderung der Kinder durch kostenpflichtige Freizeitangebote: Für die meisten Familien selbstverständlich, für Geringverdiener nicht

	Kinder unter 16 Jahren insgesamt *)	Kinder von Kinderzuschlagsbeziehern insgesamt *)
	%	%
Es nutzen Freizeitangebote wie Sportverein, Musikunterricht oder Ähnliches	**61**	**36**

	Kinder zwischen 6 und 15 Jahren *)	Kinder ab 6 Jahre von Kinderzuschlagsbeziehern *)
	%	%
Es nutzen Freizeitangebote wie Sportverein, Musikunterricht oder Ähnliches	**81**	**43**

*) Nach Angaben der Eltern

Basis: Bundesrepublik Deutschland; Eltern von Kindern unter 16 Jahren, Kinderzuschlagsbezieher
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7075 und 6121

© IfD-Allensbach

Auch Durchschnittsverdiener fühlen sich nicht selten stark durch die Förderung ihrer Kinder belastet. Vor diesem Hintergrund erwartet eine Zweidrittelmehrheit der Gesamtbevölkerung wie auch der Eltern von minderjährigen Kindern eine staatliche Unterstützung der Eltern bei der Förderung der Kinder, etwa durch verbilligte oder kostenlose Angebote. Im Interview schließen sich diese Befragten dem Argument an, dass eine solche Förderung wichtig für die Allgemeinheit sei und deshalb auch von der Allgemeinheit mit unterstützt werden müsste. Das Gegenargument, dass es sich bei solchen Angeboten eher um Freizeitgestaltung handele, die nicht von der Allgemeinheit bezahlt werden müsse, findet dagegen nur bei etwa einem Viertel der Befragten Zustimmung (Schaubild 24).

Schaubild 24

Einstellungen zur Förderung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche durch den Staat

Sollte der Staat die Förderung von Kindern durch Freizeitangebote unterstützen?

Es schließen sich den folgenden Argumenten an:	Bevölkerung insgesamt	Eltern von Kindern unter 18 Jahren
	%	%
"Natürlich kosten manche Förderangebote für Kinder viel Geld. Aber was Kinder neben der Schule in ihrer Freizeit alles machen, muss nicht von der Allgemeinheit bezahlt werden, das ist Sache der Eltern"	**23**	**21**
"Erziehung und gute Bildung von Kindern und Jugendlichen sind für die Allgemeinheit wichtig. Die Eltern sollten deshalb bei den Kosten für die Förderung der Kinder unterstützt werden, z.B. durch verbilligte oder kostenlose Angebote"	**68**	**68**
Unentschieden	**9**	**11**
	100	*100*

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

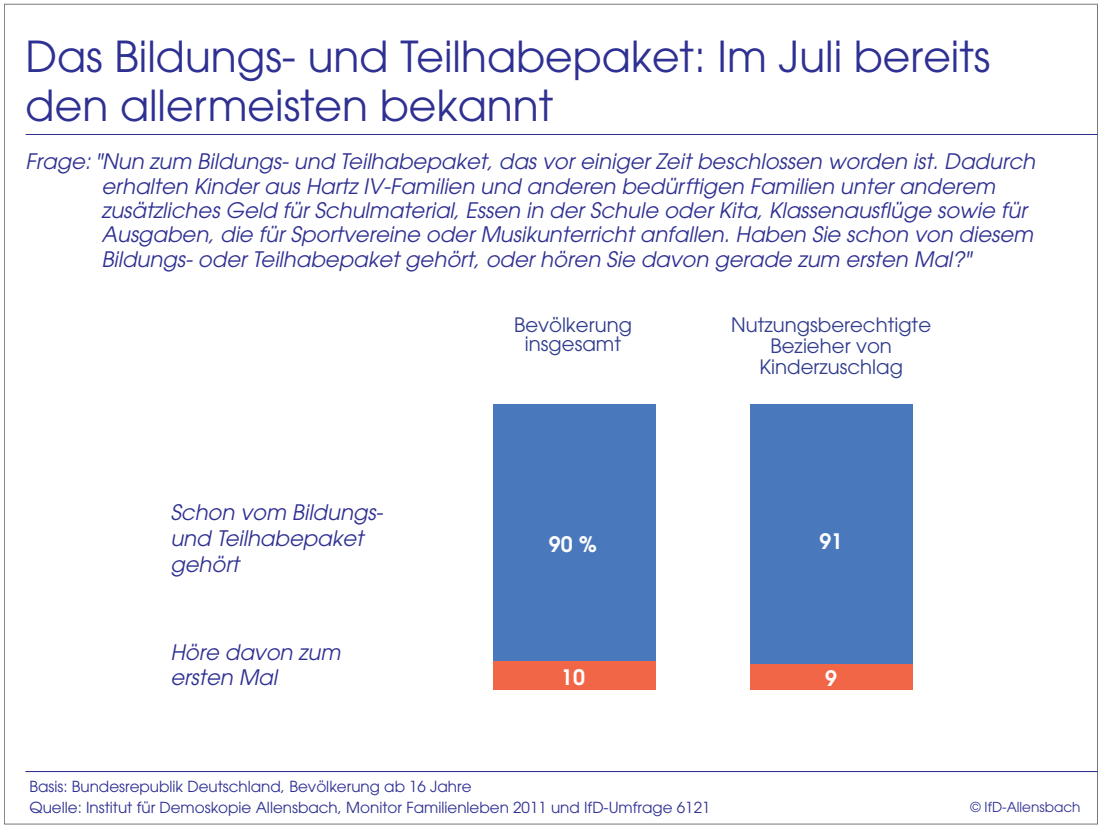
© IfD-Allensbach

Einstellungen zum Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung

Um die Chancen der Kinder von Hartz IV-Beziehern oder Geringverdienern zu verbessern, wurde rückwirkend zum Januar dieses Jahres das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung eingeführt. Es bündelt sieben unterschiedliche Einzelleistungen, zu denen Unterstützungen für ein- und mehrtägige Schul- und Kita-Ausflüge ebenso gehören wie etwa ein Zuschuss für die Mittagsverpflegung in Schule oder Betreuungseinrichtung oder eine monatliche Unterstützung von 10 Euro für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, etwa durch Aktivitäten im Sportverein oder durch Musikunterricht.

Obwohl das Paket erst Ende März beschlossen worden war, hatten zum Zeitpunkt der Umfrage im Juli bereits 90 Prozent der Gesamtbevölkerung und 91 Prozent der nutzungsberechtigten Bezieher von Kinderzuschlag, für deren Leistung das Bundesfamilienministerium zuständig ist, von der neuen Förderung gehört (Schaubild 25).

Schaubild 25

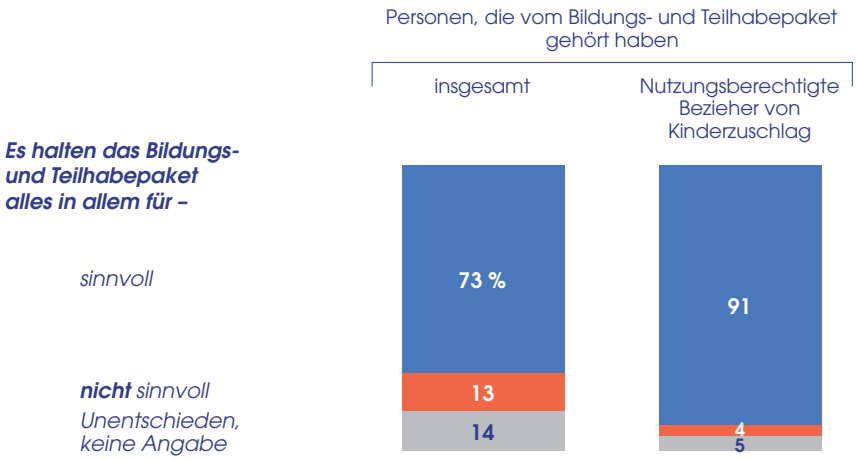


Vor dem Hintergrund der meist sehr hohen Wertschätzung für die Förderung von Kindern wird das Bildungs- und Teilhabepaket von der großen Mehrheit der Bevölkerung als sinnvoll beurteilt: Annähernd drei Viertel derer, die schon vom Paket gehört hatten, stuften es als sinnvoll ein (73 Prozent). Lediglich 13 Prozent bewerteten das Paket als nicht sinnvoll. Unter den nutzungsberechtigten Beziehern von Kinderzuschlag, die über das Paket im Bilde waren, fiel die Bewertung noch einmal deutlich häufiger positiv aus: Von ihnen fanden 91 Prozent die neuen Leistungen sinnvoll; nur 4 Prozent fanden sie nicht sinnvoll (Schaubild 26).

Schaubild 26

Bewertung des Bildungs- und Teilhabepakets weit überwiegend positiv

Frage: "Nach allem, was Sie wissen oder gehört haben: Halten Sie das Bildungspaket alles in allem für sinnvoll oder nicht sinnvoll?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Personen, die vom Bildungs- und Teilhabepaket gehört haben
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011 und IfD-Umfrage 6121

© IfD-Allensbach

Auch die Erwartungen an die Wirkung des Bildungspakets sind meist positiv: Von jenen, die insgesamt vom Paket gehört haben, erwarten rund zwei Drittel dadurch eine Verbesserung der Chancen bedürftiger Kinder, die gleichen Angebote in Anspruch zu nehmen wie andere Kinder auch (65 Prozent). Weniger als ein Drittel nimmt kaum (24 Prozent) oder gar nicht (5 Prozent) verbesserte Aussichten an.

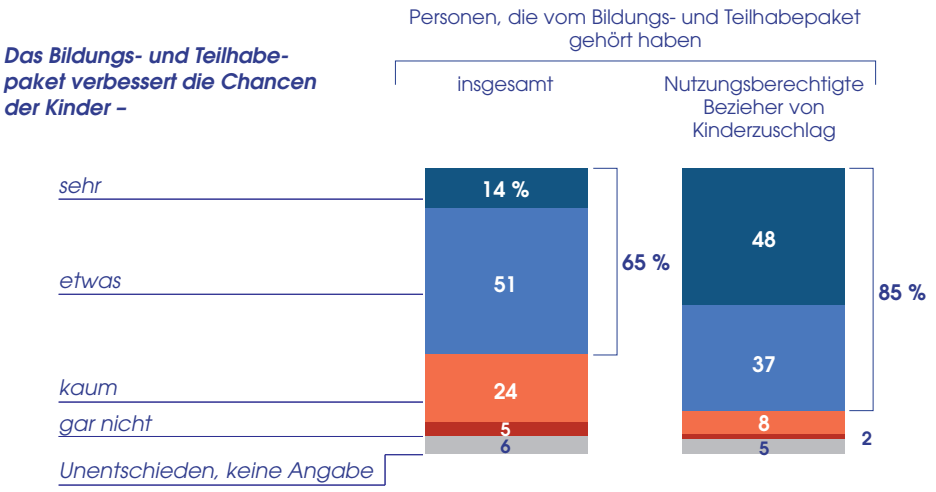
Mehrheitlich wird eine leichte Verbesserung der Chancen erwartet (51 Prozent); lediglich 14 Prozent gehen von einer großen Zunahme der Möglichkeiten aus.

Von diesen Bevölkerungseinschätzungen unterscheiden sich die Erwartungen der leistungsberechtigten Bezieher von Kinderzuschlag, die schon vom Paket gehört haben, nennenswert. Von ihnen sehen insgesamt 85 Prozent verbesserte Chancen, davon 48 Prozent sogar deutlich verbesserte Chancen. Anders als es in den öffentlichen Debatten zuweilen zu hören war, setzt die Mehrheit der potentiellen Nutzer also große Hoffnungen auf das Bildungspaket (Schaubild 27).

Schaubild 27

Bessere Chancen für Kinder

Frage: "Wie schätzen Sie das ein: Wie sehr verbessert das Bildungspaket die Chancen von bedürftigen Kindern, im Bereich Bildung und in anderen Bereichen die gleichen Angebote in Anspruch zu nehmen wie andere Kinder auch?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Personen, die vom Bildungs- und Teilhabepaket gehört haben
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011 und IfD-Umfrage 6121

© IfD-Allensbach

Weiterhin viele Kinderwünsche – Eher Zustimmung zur stärkeren Unterstützung von künstlichen Befruchtungen

Die 2010 im Rahmen des Monitors Familienleben beobachtete hohe Zahl der Kinderwünsche hat sich noch einmal etwas verstärkt: Unter den jüngeren Kinderlosen (unter 50 Jahren), beträgt der Anteil der potentiellen Eltern inzwischen 81 Prozent, wobei sich 53 Prozent bestimmt und 28 Prozent vielleicht Kinder wünschen. 2008 hatten erst 73 Prozent solche Wünsche geäußert, wobei damals 43 Prozent bestimmte und 30 Prozent eher unbestimmte Wünsche zu Protokoll gaben: Die Entwicklung zeigt also nicht allein eine Zunahme, sondern auch eine Verfestigung der Kinderwünsche.

Auch von den jüngeren Eltern unter 50 Jahren gaben 2011 29 Prozent an, dass sie sich bestimmt oder vielleicht weitere Kinder wünschen. Noch 2008 hatten in dieser Gruppe erst 21 Prozent entsprechende Angaben gemacht (Schaubild 28).

Schaubild 28

Entwicklung der Kinderwünsche

Fragen: "Möchten Sie weitere/einmal Kinder haben, oder möchten Sie keine Kinder (mehr)?"

Eltern unter 50 Jahren

	2008 %		2010 %		2011 %	
Möchte bestimmt weitere Kinder	9	21	12	25	9	29
Vielleicht	12		13		20	
Möchte keine Kinder mehr	76		75		70	
Keine Angabe	3		x		1	
	100		*100*		*100*	

Kinderlose unter 50 Jahren

	2008 %		2010 %		2011 %	
Möchte bestimmt Kinder	43	73	52	78	53	81
Vielleicht	30		26		28	
Möchte keine Kinder	20		20		18	
Keine Angabe	7		2		1	
	100		*100*		*100*	

x = weniger als 0,5 Prozent

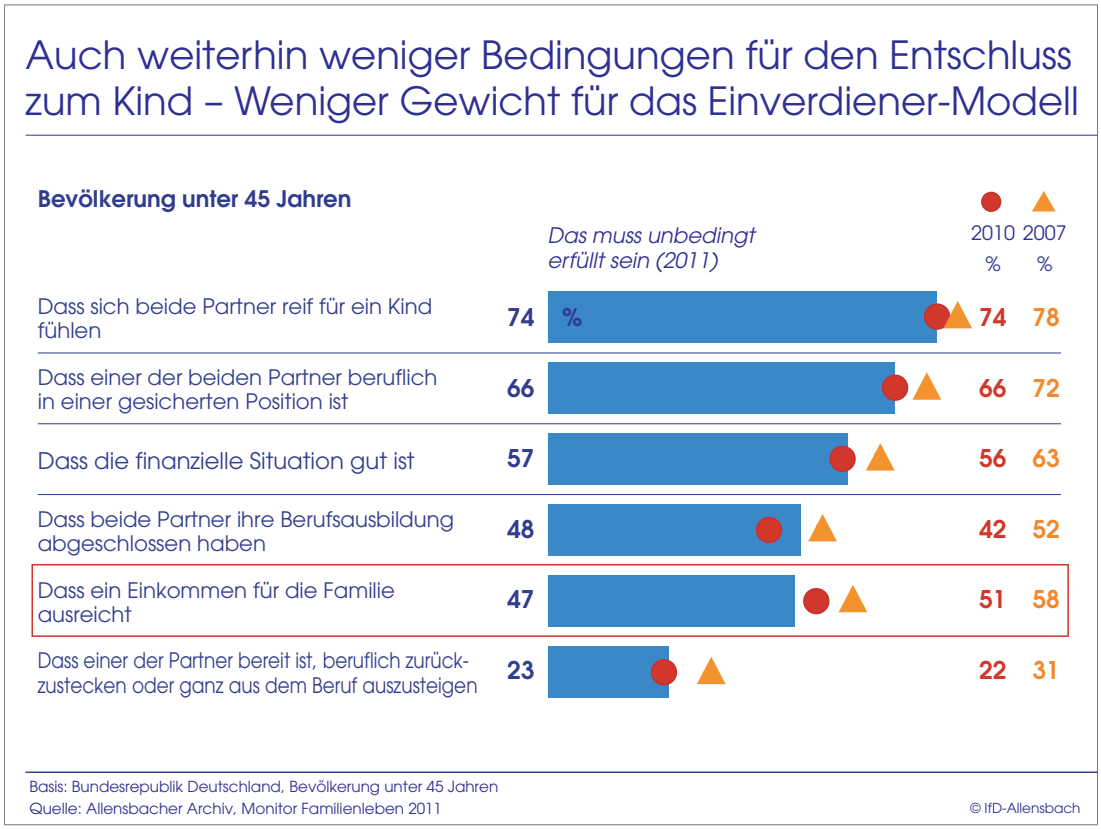
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung unter 50 Jahren
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011, IfD-Umfragen 10036 und 10053

© IfD-Allensbach

Vor der Verwirklichung von Kinderwünschen müssen jedoch nach Ansicht der Bevölkerung zahlreiche Bedingungen erfüllt sein. Im Vergleich zu früheren Messungen bis 2007 wurden bei der aktuellen Umfrage zwar weniger solcher „Hürden“ benannt, die vor der Geburt von Kindern überwunden sein sollten. Dennoch bleibt das Anforderungsniveau insgesamt hoch. Die jüngere Bevölkerung unter 45 Jahren sieht hier als unabdingbar neben persönlichen Grundvoraussetzungen (dass sich beide Partner reif für ein Kind fühlen: 74 Prozent; dass beide sicher sind, den richtigen Partner gefunden zu haben: 65 Prozent) insbesondere berufliche Voraussetzungen (dass einer der beiden Partner beruflich in einer gesicherten Situation ist: 66 Prozent; dass beide Partner ihre Ausbildung abgeschlossen haben: 48 Prozent) und, zusammenhängend damit, zudem finanzielle Voraussetzungen (dass die finanzielle Situation gut ist: 57 Prozent).

Hieraus ergibt sich ein bedeutsamer Aspekt für die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nämlich wie leicht oder wie schwer es jüngeren Leuten fällt, ihre Ausbildung abzuschließen, in einem Beruf Fuß zu fassen und damit in eine stabile finanzielle Situation zu kommen (Schaubild 29).

Schaubild 29



Bemerkenswert sind dabei vor allem die Rückgänge bei der Voraussetzung, „dass ein Einkommen für die Familie ausreicht“, die jetzt noch von 47 Prozent der jüngeren Bevölkerung gesehen wird, 2010 aber noch von 51 Prozent genannt wurde und 2007 sogar von 58 Prozent. Seit Einführung des Elterngelds nimmt also der Eindruck ab, dass die jungen Familien sich nach der Geburt ganz aus dem Einkommen eines Elternteils – in der Regel ist das der weiterhin Vollzeit berufstätige Vater – finanzieren müssten. Damit verringert sich eine bedeutsame Hürde für die Verwirklichung von Kinderwünschen, die insbesondere jene Paare betrifft, die eine Elternzeit der Mutter in Betracht ziehen, und bei denen das Arbeitseinkommen des berufstätigen Vaters vergleichsweise klein ist.

Allerdings gibt es bei diesen Einschätzungen erhebliche Unterschiede zwischen Eltern und Kinderlosen: Kinderlose mit festem Kinderwunsch nehmen signifikant mehr Vorbedingungen für die berufliche und finanzielle Situation der möglichen Eltern wahr als jüngere Eltern, die hier aus eigener Erfahrung sprechen. Deutlich seltener als die Kinderlosen nennen Eltern etwa als Vorbedingung für die Geburt von Kindern, „dass die finanzielle Situation gut ist“ oder „dass man sich eine größere Wohnung oder ein eigenes Haus leisten kann.“ Solche Unterschiede deuten darauf hin, dass sich manche Kinderlose im Vorfeld ihrer Elternschaft Sorgen machen, die sich später als unbegründet erweisen (Schaubild 30).

Schaubild 30

Bedingungen für den Entschluss zum Kind: Eltern sehen manches lockerer als Kinderlose

Bevölkerung unter 45 Jahren

Das sollte unbedingt erfüllt sein: *– Auszug aus den Angaben –*	Eltern %	Kinderlose mit festem Kinderwunsch %
Dass einer der beiden Partner beruflich in einer gesicherten Position ist	**59**	**75**
Dass die finanzielle Situation gut ist	**50**	**64**
Dass beide Partner ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben	**47**	**51**
Dass man sich eine größere Wohnung oder ein eigenes Haus leisten kann	**17**	**31**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung unter 45 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

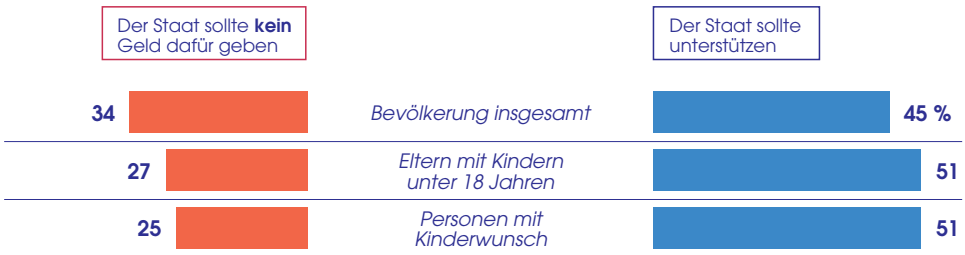
© IfD-Allensbach

In dem allgemein günstigen Meinungsklima für die Erfüllung von Kinderwünschen wird auch die staatliche Unterstützung von Paaren, die sich ihren Kinderwunsch mit Hilfe einer künstlichen Befruchtung erfüllen wollen, prinzipiell eher positiv aufgenommen: 45 Prozent der Bevölkerung finden, der Staat sollte solche Paare unterstützen, 34 Prozent denken, der Staat sollte dazu kein Geld geben, 21 Prozent bleiben unentschieden. Besonders groß ist die Unterstützung für den Vorschlag in den neuen Bundesländern (62 Prozent). Auch jüngere Frauen und Durchschnitts- sowie Geringverdiener stimmen überdurchschnittlich häufig zu (Schaubild 31). Nach der Kürzung der Förderung für solche Fertilisationen im Jahr 2004, hat sich die Zahl der nach einer solchen Maßnahme geborenen Kinder erheblich verringert.

Schaubild 31

Überwiegend Zustimmung zur stärkeren Förderung der künstlichen Befruchtung

Frage: "Die Kosten für künstliche Befruchtung und andere medizinische Hilfe für Paare, die sich ein Kind wünschen, werden ja nur zu einem kleinen Teil von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. Wie ist Ihre Meinung: Sollte es für Paare, die solche Behandlungen wünschen, finanzielle Unterstützung vom Staat geben, oder sollte es dafür kein Geld vom Staat geben?"



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

Allerdings stimmt die Bevölkerung trotz ihrer positiven Einstellungen zur Geburt von Kindern längst nicht allen Maßnahmen zur Erfüllung von Kinderwünschen zu. Das zeigen etwa die Einstellungen zu dem aktuell diskutierten Vorschlag, bei Adoptionen den bisher üblichen maximalen Altersabstand zwischen Adoptivkindern und Adoptiveltern von 40 Jahren nicht mehr zu berücksichtigen: Lediglich 32 Prozent würden eine solche Maßnahme befürworten, eine relative Mehrheit von 45 Prozent würde sie ablehnen. 23 Prozent bleiben unentschieden. Dabei zeigen sich keine stärkeren Zusammenhänge dieser Einstellungen mit einzelnen soziodemographischen Variablen, ebensowenig mit der Zugehörigkeit zu den politischen Lagern oder der Kirchenzugehörigkeit. Hier wirken sich offenbar eher ganz persönliche Präferenzen aus.

ANHANG

Anhang-Schaubilder

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppen

Wahrnehmung: Die Regierung will die Berufstätigkeit von Frauen ermöglichen

Frage: "Was glauben Sie, was will die Bundesregierung vor allem: Will sie, dass möglichst viele Frauen als Hausfrau und Mutter zuhause sind, oder will sie, dass möglichst viele Frauen berufstätig sein können?"

Die Bundesregierung will –	Bevölkerung insgesamt	Eltern von Kindern unter 18 Jahren
	%	%
möglichst viele Frauen zuhause	**7**	**6**
die Berufstätigkeit von Frauen ermöglichen	**46**	**49**
beides gleichermaßen	**35**	**32**
Unentschieden, keine Angabe	**12**	**13**
	100	*100*

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10077

© IfD-Allensbach

Mehr Zeit der Väter für ihre Kinder

Frage: "Finden Sie, Ihr Vater hat sich in Ihrer Kindheit genug Zeit genommen, um mit Ihnen zu spielen und sich mit Ihnen zu unterhalten, oder hatte er nicht genug Zeit für Sie?"

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen								
		16 bis 19 Jahre		20 bis 39 Jahre		40 bis 59 Jahre		60 Jahre und älter		
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Mein Vater hat sich genug Zeit genommen	19	37	66	29	60	17	45	10	36	
Teils, teils	28	29		31		28		26		
Nicht genug Zeit	47	27		36		52		54		
Weiß nicht mehr oder andere Angaben	3	3		2		1		6		
Keine Angabe	3	4		2		2		4		
	100	*100*		*100*		*100*		*100*		

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5256

© IfD-Allensbach

Zeit: in den meisten Familien klar strukturiert, in einigen Familien ein knappes Gut

– Auszug aus den Angaben –

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 16 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

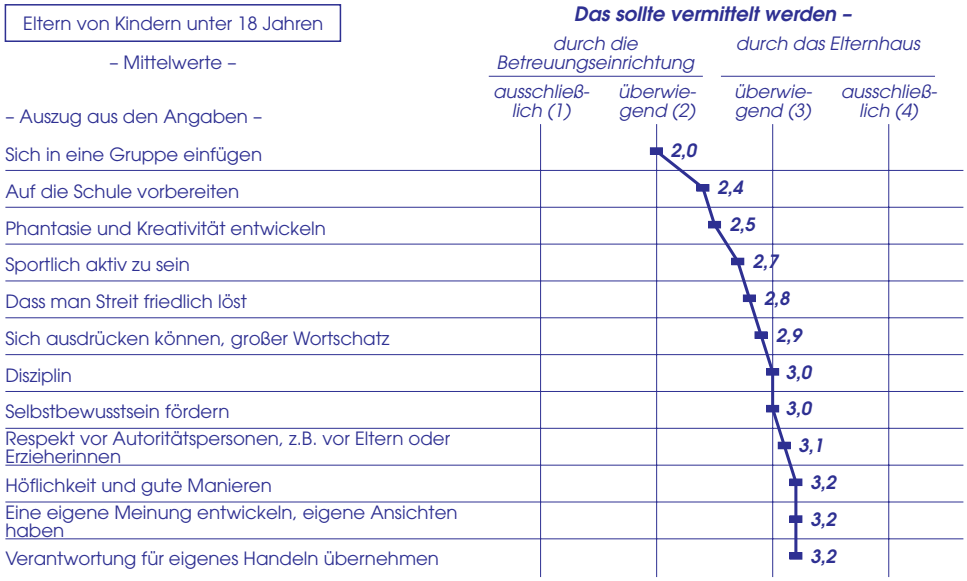
© IfD-Allensbach

Erziehung: Wahrgenommene Aufgabenteilung zwischen Betreuungseinrichtung für kleinere Kinder und Elternhaus

Eltern von Kindern unter 18 Jahren

– Mittelwerte –

– Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern von Kindern unter 18 Jahren
Quelle: Allensbacher Archiv, Monitor Familienleben 2011

© IfD-Allensbach

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In jeder Halbgruppe und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Drittel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	606	261	867	Personen
B	589	295	884	Personen
Insgesamt	1195	556	1751	Personen

Auswahlmethode Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (Face-to-Face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 420 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 2. bis 15. Juli 2011 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 10.075

STATISTIK

der in der Umfrage 10.075 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juli 2011			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
REGIONALE VERTEILUNG				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	9	9	9	9
	100	100	100	100
WOHNORTGRÖSSE				
unter 5.000 Einwohner	16	16	16	16
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	26	26	26	26
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	100	100	100	100
GESCHLECHT				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	100	100	100	100
ALTER				
16 - 29 Jahre	19	19	19	19
30 - 44 Jahre	24	24	24	24
45 - 59 Jahre	26	26	26	26
60 Jahre und älter	31	31	31	31
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.
Quelle: Mikrozensus 2009.

STATISTIK

der in der Umfrage 10.075 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juli 2011			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
BERUFSTÄTIGKEIT				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	60	59	60	60
Nichterwerbspersonen	40	41	40	40
	100	100	100	100
BERUFSKREISE (**)				
Arbeiter	16	15	17	16
Angestellte	34	34	34	34
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	6	7
Nichterwerbspersonen	40	41	40	40
	100	100	100	100
FAMILIENSTAND				
Verheiratet	54	53	55	54
- Männer	27	26	28	27
- Frauen	27	27	27	27
Ledig	30	30	30	30
Verwitwet, geschieden	16	17	15	16
	100	100	100	100
HAUSHALTSGRÖSSE				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	23	22	24	23
- 2 Personen	39	38	40	39
- 3 Personen	18	21	15	18
- 4 Personen	14	15	14	14
- 5 und mehr Personen	6	4	7	6
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.
Quelle: Mikrozensus 2009.

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)